

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigenteil: P. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Bismarckstr. 10.

Inserate für die viergespaltene Beizeile ober deren Raum 40 A, Vergeltungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A, Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Marburg. (Telegr.) Differenzen ausgebrochen. Zugang fernhalten.

Zugang ist fernzuhalten von:
Tischlern nach Höchst a. M., Nizza, Spremberg (Kiefer), Bamberg (Müller), Göttingen (M. Kaiser, Möbelfabrik), Neuhausen (M. Müller), Freiburg in Schl. (Heinz & Co., Uhrgehäusefabrik), Grimmitzschau (Mohlend & Pohlend, Uhrgehäusefabrik), Mainz, Guben (W. Günther), Lübbenau (G. Wunderlich), Frankfurt a. M. (Kotbe & Söhne);
Drehelstern, Maschinenarbeitern und Tischlern nach Grabow bei Stettin (Salge), Brand i. S. (Wörner & Schnell);
Pianosortarbeitern nach Bamberg (Neupert);
Perlmutterdrechselstern nach Hartha (Opitz);
Politurarbeitern nach Fürth (Kern).

Der Zuchthauskurs in Holland.

In dem kleinen Holland rüstet man sich seit einigen Wochen zu einer Revolution großen Stils. Das heißt, Regierung und herrschende Klassen sind seit dieser Zeit bemüht, das arbeitende Volk in eine Revolution hineinzutreiben. Mit einem seltenen Fleiß hat man den Bündstoff zusammengetragen, der nur je geeignet ist, die Freiheitsliebe eines Volkes und insonderheit der Arbeiterschaft zu heller Empörung anzufachen. Und in der sicheren Erwartung, daß die holländische Arbeiterschaft sich nicht widerstandslos ihrer vitalsten Rechte berauben lassen wird, in der sicheren Erwartung, daß diese von der Reaktion mit allen Mitteln angeführte Empörung des geknebelten Volkes in heller Lohausbrechen wird, hat man das Militär bereits durch Einberufung der Reservisten erheblich verstärkt und gegen den „inneren Feind“ mobilisiert und dressiert. Die Erregung über diese Vorgänge ist in Holland zur Zeit eine so große, daß das Schlimmste zu gewärtigen ist. Und wenn diese Beulen die Presse verlassen, kann es schon zum Ausbruch gekommen sein.

Der Ausgangspunkt dieser die Leidenschaften des arbeitenden Volkes aufs Tiefste aufwühlenden Krisis ist in dem großen Eisenbahnstreik zu suchen, über den wir unsere Leser in gedrängter Kürze bereits unterrichtet haben. Unsere Leser wissen, daß die holländischen organisierten Eisenbahnarbeiter wie ein Mann sich dagegen aufbäumten, als ihnen zugemuthet wurde, hochkottirte, durch Streikbrecher verfrachtete Waaren zu befördern. Und als wegen dieser Weigerung auch noch zwei Arbeiter entlassen wurden, lag auf ein Wort der Führer der gesamte Eisenbahnverkehr Amsterdams still. Zugleich wurde der Direktion zugesagt, daß, falls sie auf ihre Forderung, hochkottirte Waare zu expediren, nicht verzichtet, ein allgemeiner Eisenbahner-Ausland im ganzen Lande proklamirt werden würde. Die Direktion hat, sich erst mit der Regierung berathen zu dürfen; dafür wurde ihr eine kurze Frist gegeben, und als innerhalb dieser Frist die verlangte Antwort nicht eintraf, wurde am Sonnabend, den 31. Janyar, der allgemeine Streik telegraphisch proklamirt, der innerhalb einer Stunde den ganzen Eisenbahnverkehr Hollands zum Stillstand brachte. Die Regierung hatte hiergegen nichts zu thun gewußt, als daß sie alle Automobile für den Postdienst reklamirt hatte. Der Schlag war so überraschend und — als noch an demselben Abend die Direktionen in die Forderungen der Arbeiter willigten — der Sieg so gewaltig, daß jeder holländische Arbeiter sich doppelt so groß wie gewöhnlich und jeder Bourgeois sich „so klein!“ fühlte.

Die ganze Bewegung war geradezu mustergültig durchgeführt; keinerlei Ausschreitungen waren bei derselben zu verzeichnen; mustergültig wurde sie auch beendet: schon am

Sonntag, den 1. Februar, ging der ganze Eisenbahnverkehr wieder seinen gewohnten Gang. Ein wahrhaftes Muster von Disziplin, das die holländische organisierte Arbeiterschaft hier gab.

Wenn eher die herrschenden Klassen die Rechte des Volkes achten wollten, so mußten sie hier die Rechte der Arbeiterschaft achten, sie durften nur Anerkennung für eine Arbeiterschaft haben, die sich unter so schwierigen Verhältnissen streng im Rahmen des Rechts bewegt und sich damit so sehr ihrer Rechte würdig gezeigt hatte. Anders die holländische Bourgeoisie. Sie hatte nur noch ein Verlangen, die Arbeiterklasse rechtlos zu machen, und die Regierung zeigte sich diesen Bestrebungen nur allzu geneigt. Das Meer wurde kriegsbereit gemacht zu einem Kampf bis aufs Aeußerste gegen den „inneren Feind“, der der Bourgeoisie eben noch eine so empfindliche Niederlage bereitet hatte. Ein ganzer Mobilisierungsplan wurde für diese Revolution von Oben ausgearbeitet, und als man sich stark genug fühlte zu einem empfindlichen Schlag gegen die holländische Arbeiterbewegung, da trat die Regierung mit drei reaktionären Gesetzesvorlagen an das Parlament heran, deren einziger Zweck es ist, jedes Koalitionsrecht für die holländischen Staatsbeamten und Verkehrsarbeiter illusorisch zu machen.

In diesen Gesetzentwürfen wird u. A. bestimmt, daß Staatsbeamte und alle in einem öffentlichen Dienstzweige oder im öffentlichen Eisenbahndienste beschäftigte Personen, die sich weigern, Arbeiten, welche sie unternommen haben oder zu benehmen sie durch ihren Dienst selbst verpflichtet sind, auszuführen, mit sechs Monaten Gefängniß bestraft werden können; die Strafe kann, wenn Zusammenrottung von zwei oder mehr Personen vorliegt, für die Schuldigen und für die Führer des Aufstandes bis auf vier Jahre Gefängniß erhöht werden. Die jetzige Eisenbahn-Kompagnie des Meeres soll so organisiert und verstärkt werden, daß sie den Dienst auf einigen Strecken, wenn auch in beschränktem Maße, ausführen kann.

Das Eintreten in einen Streik ohne Einhaltung der Kündigungsfrist soll also mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu vier Jahren bestraft werden. Das ist aber die völlige Aufhebung des Koalitionsrechts! Und das gegenüber einer Arbeiter- und Beamtenkategorie, die mehr als die andere Arbeiterschaft des Koalitionsrechtes bedürfen. Wir sehen es ja an den preussischen Eisenbahnen, wohin es führt, wenn dieser Arbeiterschaft jede Möglichkeit der Selbsthilfe, jedes Koalitionsrecht vorenthalten wird. Lange Arbeitszeit und die erbärmlichsten Löhne für die aufreibendste und verantwortungsvollste Arbeit sind dann für die Verkehrsarbeiter die einzig möglichen Folgen solcher Zustände.

In den Entrechtungs-vorlagen wird weiter bestimmt, daß jeder mit sechs Monaten Gefängniß bestraft werden soll, wer einen Eisenbahnangestellten moralisch zwingt, einer Organisation anzugehören. Das übersteigt ja noch die reaktionären Bestimmungen der Zuchthausvorlage unseligen Angebens.

Solche Gesetzesvorlagen wagt ein Ministerium zu machen, das sich christlich nennt, wagt ein Minister zu vertreten, der noch im September vorigen Jahres im Parlament erklärte:

„Wenn bei einem Streik wie der zu Enschede (der Textilarbeiterstreik), der so lange gedauert hat, die Arbeiterklasse sich so ruhig hielt, wenn dabei so wenig Excesse vorkommen, wie das der Fall war, so zeugt das von einer Selbstbeherrschung, von einer Einsicht in die Nothwendigkeit von Organisation, von Zucht und Ordnung bei der Arbeiterbewegung unseres Vaterlandes, die nicht genug gepriesen werden können.“

Nun denn, die holländischen Eisenbahner haben bei ihrem jüngsten Streik mindestens ebenso viel Zucht und Ordnung und Selbstbeherrschung bewiesen, als die armen Enscheder Weber, und doch wagt man gegen sie mit den brutalsten Machtmitteln einzuschreiten. Und das wagt ein Minister, der noch im Jahre 1891 sagte:

„Keine Autorität und keine Regierung können Stand halten, wenn sie nicht ihre Stütze im Vertrauen (consentio) finden; dann geht ihnen diese Stütze verloren, dann müssen sie ihre Kraft in Bajonett und Säbel suchen, und doch beweist die Geschichte auch, daß dies nur so lange dauert, bis ein Anderer ein noch längeres Bajonett und einen noch schärferen Säbel findet, und die Autorität untergeht. So zähmt man Thiere, so bezwingt man Wilde, aber so regiert man kein Volk, das ... zu höherer menschlicher Entwicklung gereift ist.“

Aus Alledem ist zu ersehen, daß es auch in Holland Staatsmänner giebt, die den traurigen Muth haben, die schändlichsten Maßnahmen mit ihrem Namen zu decken, wenngleich sie damit auch einen Verrath an ihrer früheren Ueberzeugungen begehen.

Die holländische organisierte Arbeiterschaft hat sich gegen diese drohende Koalitionsentrechtung wie ein Mann erhoben, und sie findet bei dem liberalen Bürgerthum thatkräftige Unterstützung. Unter Anderem hat auch ein aus 30 bekannten Gelehrten und Politikern zusammengesetztes Comité den Kampf gegen die Reaktion in Holland aufgenommen und leitet ihre bahngielernden Maßnahmen mit einem Ausruf ein, in dem das Vorgehen der Regierung rücksichtslos kritisiert wird. Und die Arbeiterschaft hält im ganzen Lande Protestversammlungen ab; allenthalben werden Vorbereitungen getroffen, um im Falle der Annahme der drohenden Zwangsgeetze den Generalstreik proklamiren zu können. Ein von den Arbeiterorganisationen eingesetztes Vertheidigungscomitée hat ein Manifest erlassen, in dem der Charakter der Zwangsgeetze scharf beleuchtet ist:

„Das Recht zu streiken“, heißt es in dem Manifest, „wird 100000 Arbeitern entzogen und für alle anderen unter der Devise: „Schutz der Arbeit“, berartig eingeengt, daß auch der kleinste Streik von den Arbeitern bezahlt werden soll mit Monaten Gefängnißstrafe. Das Recht zu streiken, die einzige ökonomische Waffe der niederländischen Arbeiterklasse wird hingenommen, das ist die trübe Nachricht, die uns aus dem Munde von Niederlands „großem christlichen Staatsmann“ entgegenbrachte. Eine Resolution, in der „beräthlich“ über Unternehmern oder Streikbrecher gesprochen wird, ein Wort, eine Gebärde, ein Blick, ja alles kann bestraft werden. Das Postensystem bei Streiks wird unmöglich, streikende Arbeiter werden als eine Beute der Polizei und Justiz überliefert, die mit Hilfe dieser Kauschulbestimmungen thatächlich machen können, was sie wollen. Schändlich ist die noch angefügte Bestimmung, daß benjenigen, die für solche Thaten bestraft werden, das Recht zu wählen und gewählt zu werden, genommen werden kann, wodurch Urtheile über streikende Arbeiter zu entehrenden Urtheilen gestempelt werden.“

Und schnell will die Regierung, die christliche Regierung ihren Streich führen. Das Gesetz soll in Kraft treten am Tage der Verkündung. Es geht mit den Gesetzen gegen die Arbeiter schnell, als mit den Gesetzen für die Arbeiter. Das Unfallgesetz trat 23 Monate nach seiner Verkündung in Kraft, das Zuchthaus-Gesetz tritt in Kraft am Tage seiner Verkündung.“

Das Manifest schließt mit folgenden Worten:
„In den Tagen von jetzt ab, bis daß die Kammer ihren Beschluß gefaßt hat, muß alle Kraft der Agitation gegen diese schändlichen Pläne gewidmet werden, deren Verderblichkeit und Volksfeindlichkeit der Regierung vollkommen bekannt ist, denn bevor sie die Geetze publikirte, hat sie sich mit Zehntausenden von Soldaten umgeben. — Arbeiter, schart Euch zusammen, um Eure heimlich angegriffenen Rechte zu retten!“

Dieser ganze Kampf, der sich zur Zeit in Holland abspielt, ist in mehr als einer Hinsicht von Interesse für uns. Es ist die sogenannte christliche Partei, die in Holland zur Zeit die herrschende ist und die auch diese Zwangsgeetze veranlaßt hat. In Deutschland heißt diese christliche Partei: Centrum, sie ist auch hier die herrschende Partei und der Velfall, den die deutsche Zentrums-Partei den Knebelungsversuchen gegen die holländische Arbeiterklasse leiht, erweist, was man sich von dieser Partei in Deutschland noch zu versehen haben wird.

Es sind in Holland die sogenannten christlichen Organisationsformen, welche der aufgeklärten organisierten Arbeiterschaft, die um ihre heiligsten Rechte kämpft, in den Rücken fallen. Wir können hier sehen, wohin die ganze christliche Organisationsfähigkeit führen muß, zu einer Selbstzerfleischung, zu einem Verrath an der Arbeiterklasse.

Schließlich fordert der Jubel, den die deutsche Unternehmer-Partei, von der „Arbeitgeberzeitung“ bis zum „Verl. Tageblatt“, ob dieser Vergewaltigung der holländischen Arbeiterschaft anstimmt, unser besonderes Interesse heraus. Sie möchten gar zu gerne auch in Deutschland solche Geetze machen, unsere deutschen Scharfmacher, und sie werden sie machen, wenn sie ihre Macht mehr gefestigt haben.

Es ist ein schwerer Kampf, den die holländische Arbeiterschaft in diesen Tagen zu kämpfen hat. Unserer Sympathieen kann sie dabei sicher sein, kämpft sie doch um ihre heiligsten Rechte, um Sein und Nichtsein. Wer sollte dem gleichgültig zusehen!

Die neue Milzbrandverordnung.

Die Verordnung vom 28. Januar 1899, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Roßhaar-, Pferde-, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie der Bürsten- und Pinselmachereien wies mehrere Mängel auf, wie wir in mehreren Artikeln im vorigen Jahrgang unserer Zeitung nachgewiesen haben.*) so daß den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern durch dieselbe ein nur unvollkommener Schutz gewährt wurde. Des Weiteren ist seitens der Arbeiterschaft durch ihre Organisationen, ihre Presse und durch ihre Vertreter im Parlament auf diese Mängel hingewiesen und eine Abstellung derselben gefordert worden. Und auch die Gewerbeaufsichtsbeamten, welche die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen hatten, haben des Weiteren auf die Unzulänglichkeit der in ihr getroffenen Schutzbestimmungen hingewiesen. Zuletzt noch hat die aus Mitgliedern unseres Verbandes zusammengesetzte Milzbrandkommission in Nürnberg beim Bundesrath unter Hinweis auf diese Mängel um den Erlass einer neuen, gegen Milzbrandinfektion hinreichenden Schutz gewährenden Verordnung petitionirt, und der sozialdemokratische Abgeordnete für Nürnberg, Dr. Südekum hatte dieses allzu begründete Verlangen der Nürnberger Bürsten- und Pinselmacher im Reichstage wirksam unterstützt. Der Bundesrath hat sich endlich erweichen lassen. Er hat die Milzbrandverordnung einer Revision unterzogen; mit dem Datum des 22. Oktober 1902 hat er eine neue, reformirte Verordnung herausgegeben, die sich allerdings nur wenig von der ersten, am 28. Januar 1899 erlassenen, unterscheidet.

Die neue Verordnung enthält in folgenden Punkten eine Verschärfung der bisherigen Bestimmungen:

Zunächst waren bisher nur die aus dem Auslande stammenden Haare und Borsten von Pferden, Rindern und Schweinen dem Desinfektionszwange unterworfen, weil man nur hier von einer Ansteckungsgefahr befürchtete. Nachdem jedoch durch neuere im kaiserlichen Gesundheitsamt ausgeführte Untersuchungen das Vorkommen ansteckungsfähiger Milzbrandsporen auch in ausländischen Ziegenhaaren nachgewiesen und überdies ermittelt worden ist, daß einige von den vorgekommenen Milzbrandkrankungen durch ausländisches Ziegenhaar veranlaßt worden sind, ist der Bundesrath dazu übergegangen, auch das ausländische Ziegenhaar für desinfektionspflichtig zu erklären.

Ferner haben sich die Vorschriften über Aufbewahrung des desinfektionspflichtigen Materials als unzulänglich erwiesen. Während bisher dieses Material innerhalb der zur Bearbeitung desinfizirter oder inländischer Materialien bestimmten Räume in verschlossenen Behältern aufbewahrt werden durfte, soll dies fortan nicht mehr zugelassen werden. Im § 9 der neuen Verordnung wird vielmehr angeordnet, daß die Vorräthe an nichtdesinfizirtem ausländischem Material in besonderen, unter Verschluss zu haltenden Räumen aufzubewahren sind.

Neu ist ferner die Vorschrift, daß diese Aufbewahrungsräume besondere Zugänge und Treppen haben müssen auf denen das desinfektionspflichtige Material hineinbefördert wird. Diese Zugänge und Treppen dürfen von den mit der Bearbeitung desinfizirter oder inländischer Materialien beschäftigten Arbeitern nicht benützt werden, auch darf desinfizirtes oder inländisches Material darauf nicht befördert werden.

*) Siehe im Jahrgang 1902 der „Holzarbeiter-Zeitung“, Seite 85, 129 und 374.

Weiterhin sind einige Schutzvorschriften, die bisher nur für größere Betriebe bzw. für Fabriken galten, auf alle Werkstattbetriebe der in Rede stehenden Art, also auf alle Betriebe, in denen andere Personen als Familienangehörige beschäftigt werden, ausgedehnt worden.

Es handelt sich dabei zunächst um das im § 6 ausgesprochene Verbot, zu der notwendigen Behandlung und Bearbeitung nichtdesinfizirten Materials vor der Desinfektion, sowie zur Ausführung der Desinfektion, jugendliche Arbeiter zu verwenden. Dieses bisher nur für Fabriken bestehende Verbot soll fortan auch für Werkstätten gelten, und es sind deshalb in der neuen Verordnung die im § 6 bisher enthaltenen Worte „in Fabriken“ gestrichen.

Nur für „größere Betriebe“ (mit mindestens zehn Arbeitern) galt bisher endlich die Vorschrift, daß die von der Desinfektion erforderlichen Vorrichtungen und die Bearbeitung nichtdesinfizirten Materials in besonderen von sonstigen Arbeitsräumen getrennten Räumen stattfinden müssen. Diese Vorschrift ist nunmehr in den für alle Betriebe geltenden Theil der Bestimmungen übernommen und dahin erweitert worden, daß die bezeichneten Arbeiten, sowie die Ausführung der Desinfektion, nicht in Räumen vorgenommen werden dürfen, in denen desinfizirtes oder inländisches Material aufbewahrt oder bearbeitet wird.

Wie die Leser aus dieser Aufzählung der Neuerungen ersehen, entsprechen dieselben in keiner Hinsicht den Erwartungen, die von der Arbeiterschaft an den Erlass einer neuen Verordnung geknüpft worden sind. Nach den recht trübten Erfahrungen, die man mit den unzulänglichen Bestimmungen der alten Verordnung in den letzten Jahren gemacht hat, und nach den Aeußerungen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu dieser Frage, konnte man wirklich mehr erwarten.

Es ist zunächst ein großer Mangel, daß auch die neue Verordnung den Desinfektionszwang nur für ausländisches und nicht auch für inländisches Borsten- und Haarmaterial vorsieht. Wir haben früher bereits unter Hinweis auf verschiedene Milzbrandinfektionen dargelegt, daß die veterinärpolizeilichen Maßnahmen keineswegs verhüten können, daß infizirtes inländisches Material zur Verarbeitung gelangt. Hat doch u. A. der Aufsichtsbeamte für Frankfurt a. d. O. in seinem Bericht für das Jahr 1899 festgestellt, daß auch Häute inländischer an Milzbrand gefallener Schafe in den Handel kommen, so daß der Schluß nahe liegt, daß auch Borsten und Haare aller an Milzbrand gefallener Thiere in den Handel und zur Verarbeitung gelangen. Was lag da näher, als die Verordnung auch auf alles inländische Haarmaterial auszudehnen? Der Bundesrath hat diesem dringenden Bedürfnis nicht Rechnung getragen, so daß nach wie vor der Schutz der Arbeiter vor Milzbrandinfektionen ein mangelhafter bleiben muß.

Es ist um so mehr zu bedauern, daß ein allgemeiner Desinfektionszwang sowohl für ausländisches wie für inländisches Material nicht vorgesehen worden ist, als damit die Durchführung der Verordnung nach wie vor sehr erschwert wird. Nur ein allgemeiner Desinfektionszwang für alles Borsten- und Haarmaterial ermöglicht wirksame Kontrolle zur Durchführung der ganzen Verordnung.

Ein weiterer erheblicher Mangel ist, daß auch weiterhin dreierlei Desinfektionsverfahren zugelassen sind, zwischen denen die Unternehmer einzuwählen können. Von der Arbeiterschaft und ihren Vertretern im Reichstage ist demgegenüber stets gefordert worden, nur ein Verfahren zuzulassen, weil es das zur Zeit erfolgreichste ist, und zwar die halbstündige Einwirkung strömenden Wasserdampfes bei einem Ueberdruck von 0,15 Atmosphären. Eine diesen Wünschen Rechnung tragende Vereinfachung der Desinfektionsvorschriften hätte diese nicht nur wirksamer gemacht, sondern auch ihre Durchführung wiederum wesentlich erleichtert. Es erregt um so mehr unsere Verwunderung, daß der Bundesrath eine solche Vereinfachung der Bestimmungen nicht vornahm, als ja selbst die Gewerbeaufsichtsbeamten die diesbezüglichen Desinfektionsvorschriften der alten Verordnung des Weiteren bemängelt haben. Und noch der Mittelfränkische Aufsichtsbeamte glaubte auf Grund der gemachten Erfahrungen, in Aussicht stellen zu dürfen, daß durch Reichsgesetz nur noch die Desinfektion mittelst strömenden Wasserdampfes zugelassen werde.

Und weiter vermißt man in der reformirten Verordnung eine Vorschrift, die Garantie dafür gewährt, daß nichtdesinfizirtes Material an Heimarbeitern nicht abgegeben wird. In den letzten Jahren sind mehrere Fälle von Milzbrandkrankungen gerade unter Heimarbeitern vorgekommen. Die Arbeiterschaft muß es schwer empfinden, daß der Bundesrath trotz dieser trübten Erfahrungen zu einem wirksameren Schutz nicht beiträgt.

Schließlich muß es als ein Mangel empfunden werden, daß nach wie vor eine Befreiung vom Desinfektionszwange auch für ausländisches Material dann ein-

treten kann, wenn dieses nach glaubhaftem Nachweis im Auslande bereits vorchriftsmäßig desinfizirt worden ist, obwohl durch verschiedene amtliche Untersuchungen nachgewiesen worden ist, daß solche im Auslande vorgenommene Desinfektionen sehr oft ihren Zweck verfehlen.

Daß die Hauptmängel, die wir von der alten Verordnung bereits hinreichend kennen, daß der Bundesrath sich nicht dazu verstanden hat, diese Mängel auszumergen, ist im Interesse der bedrohten Arbeiterschaft sehr zu bedauern. Darüber konnte der Bundesrath nach dem Urtheil der Aufsichtsbeamten und der beteiligten Arbeiterschaft — Urtheile, die sich auf die praktische Erfahrung stützen — nicht im Zweifel sein, daß die Verordnung nur dann wirksam sein kann, wenn alle die oben gekennzeichneten Mängel aus ihr beseitigt werden. Der Bundesrath hat sich, wohl in Rücksicht auf die Industrie, mit halben Maßnahmen begnügt. Es kennzeichnet ja unsere ganze heutige Sozialreform, daß sie sich in Halbheiten erschöpft.

Bei der Arbeiterschaft wird diese neue Reform nicht gar so freudige Gefühle wecken. Sie konnten, wie gesagt, nach den Erfahrungen der letzten Jahre mehr erwarten. So bleibt ihnen um so mehr Arbeit für die Zukunft, um das Unternehmertum und die Behörden zu ernsteren Reformen zu drängen.

Es handelt sich um Menschenleben, die geschützt werden sollen.

Zentrale oder lokale Gewerkschaften?*)

Die meisten Gewerkschaften außerhalb werden sich wundern, diese für die Mehrzahl der denkenden Arbeiter Deutschlands längst erledigte Frage in einem in Nürnberg gedruckten Blatte erörtert zu sehen. Und doch ist es nöthig, denn in diesem Centrum gewerkschaftlicher Bewegung, wo die Zentralorganisation immer herrschte, so lange ihr nicht gesetzliche Hemmnisse entgegen standen, hat sich in einem so wichtigen Verufe wie in dem der Schreiner eine Lokalorganisation gebildet, und eifrige Hände sind an der Arbeit, das Organ der Lokalorganisationen, an dem nichts seltsamer ist wie der Name, „Die Einigkeit“, zu verbreiten. Vor zehn Jahren war die Organisationsfrage im Deutschen Reich eine brennende. Weht man den Thatsachen auf den Grund, betrachtet man sie von einem historischen Standpunkte, so kann man wohl begreifen, warum in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes und in den ersten Jahren nach dem Erlöschen des Schandgesetzes die lokalen Organisationen im Deutschen Reich und vor Allem in Berlin einen starken Zulauf hatten; es ergiebt sich aber auch klar, warum seit Langem die lokalen Organisationen den Krebsgang gehen, warum heute in allen Industrien die zentrale Gewerkschaftsorganisation die herrschende ist, so auch in Berlin.

Die ersten Jahre der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung standen unter dem Zeichen der Zentralisation. Lessinghoff, der Staatsanwalt von Magdeburg, nachher von Berlin, wandte die Bestimmungen über das nun aufgehobene Verbot des Inverbindungsstretens von Ver-einen, die öffentliche Angelegenheiten behandeln, nicht bloß gegen die Organisationen der Sozialdemokratie, sondern auch gegen fast alle zentralisirten Gewerkschaften an. Während sein Vorgehen die Entwidlung der Sozialdemokratie nur förderte, ja nicht in letzter Linie die Einigung der sich früher auf das Festigste bestehenden sozialdemokratischen Fraktionen herbeiführte, war sein Erfolg im Kampfe gegen die um die Mitte der 1870er Jahre sehr schwachen, unter der heftigen Krise jener Zeit auf das Schwerste leidenden Gewerkschaften sehr groß. Man versuchte damals mit allen möglichen künstlichen Mitteln die Zentralorganisationen aufrecht zu erhalten; als aber der Erfolg ausblieb, ging man mit der Gründung von lokalen Fachvereinen vor. Ende Oktober 1878 trat das Gesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft. Obgleich Wis-mard und der Führer der Reichstagsmehrheit, Bennigsen, bei der Verathung des Gesetzes betonen hatten, daß das Gesetz gegen die Gewerkschaften nicht angewendet werden würde, verfielen fast alle Gewerkschaften den auf Grund dieses unberglichen Gesetzes erlassenen polizeilichen Verbote. Die Stille des Friedhofs herrschte auf dem gewerkschaftlichen Kampffelde. Erst im Jahre 1882 begann in Berlin eine neue Epoche gewerkschaftlicher Bewegung, und zwar auf lokaler Basis. Nicht prinzipielle Erwägungen veranlaßten den Berliner Vergolder Ewald und seine Freunde, ihre Fachvereine als Lokalorganisationen zu begründen, sondern taktische Erwägungen. Man mußte mit der polizeilichen Auflösung tagtäglich rechnen, man mußte, daß die Auflösung eines Gliedes der Polizei den Anlaß zum Verbot eines ganzen Zentralverbandes bieten würde; man vermied somit das Risiko der gewerkschaftlichen Organisation, indem man sich auf die Gründung von einander unabhängiger lokaler Fachvereine beschränkte. Die zahlreichen Auflösungen der später gegründeten zentralen Organisationen, so der Metallarbeiter und der Schuhmacher, die polizeilichen Zwangsmaßnahmen, denen sich die Zentralorganisationen der Buchdrucker und Bildhauer unterwerfen mußten, ließen die Gründung lokaler Fachvereine als der am wenigsten von polizeilicher Willkür gefährdeten Gewerkschaft empfehlenswerth erscheinen. Die Leistungen dieser Fachvereine fielen zwar nicht in das Gewicht, sie blieben schwächliche Pflänzchen, die nicht viel mehr bedeuteten als Sammelpunkte für die durch das Sozialistengesetz zerplitterten Arbeiter. Die von dem Berliner Polizeipräsidenten später so sehr bedauerten Ausweisungen führten die Agitatoren für die Fachvereine in alle Theile des deutschen Reiches überall entstanden sie und wirkten für den Zusammenhalt der Arbeiter, für die Neugeburt des gewerkschaftlichen Gedankens.

*) Dieser Artikel, welcher in der „Frankfurter Tagespost“ am 5. Februar erschien, wird uns zur Veröffentlichung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zugesandt. Wir kommen dem berechtigten Wunsche nach, da der Artikel gerade mit Rücksicht auf die lokalen Strömungen in Nürnberg unter den Holzarbeitern sehr aktuell ist.

Eine größere Bedeutung schuf dieser Bewegung erst das Eingreifen des vorher unbekanntem Regierungsbaumeisters a. D. Kehler. Dieser hochbegabte Mann brachte die lokalen Organisationen auf eine neue Grundlage. War bis zu seinem Auftreten die lokale Organisation als ein Nothbehelf, als ein Ersatz für die zentrale Organisation betrachtet worden, so schuf Kehler eine neue Theorie der Gewerkschaften; er bekämpfte die Zentralorganisationen, er erklärte die Lokalorganisation als die einzig gesunde Form der Gewerkschaftsbewegung. Er ging hierbei von den folgenden, heute längst überlebten Gesichtspunkten aus. Jede Erörterung von Gegenständen, die nicht außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften gelassen werden können, wie die Gültigkeiten, die Arbeiterversicherung, die Annahmen, die Verfüzung der Arbeitszeit sind schon von Behörden und Gerichten als öffentliche Angelegenheiten erklärt worden. Ein Verzicht auf diese Erörterungen sei unmöglich, deshalb müssen die Gewerkschaften sich offen als politische Vereine erklären, müssen auf die Verbindung mit anderen, gleich gearteten Vereinen verzichten, müssen lokale Organisationen bleiben, können nicht Glieder einer zentralen Organisation sein. Für Kehler waren die Gewerkschaftsorganisationen Theile der sozialdemokratischen Partei, in ihnen sollte Politik getrieben werden, seiner Meinung nach konnte der Zusammenhalt der Arbeiter am besten gefestigt werden, wenn in den Gewerkschaften die heutige Wirtschaftsordnung belämpft, wenn direkt für die Ideen der Sozialdemokratie gewirkt, alle Handlungen vom Gesichtspunkte des Klassenkampfes betrachtet werden. Eine Zentralisation durch Vertrauensmänner, die in öffentlichen Versammlungen gewählt wurden, aber von den lokalen Vereinen völlig unabhängig bleiben, sollte den Zusammenhalt zwischen den Gewerkschaftern (nicht Gewerkschaften) schaffen, sollte Kongresse, die Wahl von Vertrauensmännern für das ganze Reich, Bildung zentraler Streikfonds, solidarischer Vorgehen, gegenseitige Unterstützung ermöglichen. Unzweifelhaft war das Alles auf das Schatzförmige ausgedacht und für politische Parteien unter der Herrschaft der Vereinigeseße, wie sie bis zum Jahre 1900 bestanden, die beste und für die Polizeien aller Bundesstaaten unangreifbare Organisation. Auf Kehler's Rath ist auch die Form der Organisation zurückzuführen, welche sich die sozialdemokratische Partei auf dem Parteitag von Halle a. d. S. (1890) gab und welche durch ein Decennium sich auf das Glückliche bewährt hatte.

Was aber für eine politische Partei gilt, ist deshalb noch nicht vortheilhaftig für Gewerkschaften. Es kann auch etwas im Jahre 1885 taktisch vorzüglich, 15 Jahre später durch die Entwicklung völlig überholt sein. Als das Sozialistengesetz jede Wirksamkeit für die politische Arbeiterpartei störte und hemmte, jede Vereinigung der Arbeiter zu politischen Zwecken unmöglich machte, als die Gewerkschaften zu schwach waren, um Selbstzweck für die Arbeiter zu sein, da war es naturgemäß, daß man auch die Form der Gewerkschaft zu einer Wirksamkeit für die politische Agitation verwandelte. Die Gewerkschaften waren damals schwächliche Streitvereine, jedes ernsthafte Unterstützungsweises fehlte man konnte damals versuchen, mit lokalen, politisch wirkenden Gewerkschaften auszukommen. Freilich blieben die Erfolge dieser Bewegung klein, es gelang ihr auch bloß in wenigen Orten, so in Halle a. d. S., in Braunschweig, in einzelnen sächsischen Orten, vor Allem aber in Berlin festen Fuß zu fassen. Vor Allem waren es die Bauarbeiter, bei denen die nimmermüde organisatorische, agitatorische und literarische Wirksamkeit Kehler's verhältnißmäßig große Erfolge erzielte; in Berlin bestanden auch noch sehr kräftige Lokalorganisationen der Metallarbeiter, der Tischler, Klavierarbeiter usw. Langer Zeit bedurfte es, bis die zentrale Organisationsform in Berlin festen Fuß fassen konnte, nun hat sie freilich schon seit einer Reihe von Jahren in allen Gewerben die lokale Organisation weitläufig überflügelt, bloß bei den Maurern und Zimmerleuten hat die lokale Organisation, wenn sie auch dort schwächer ist wie die zentralen Verbände, eine ansehnliche Stärke. Man hat es den Berlinern stets übel genommen, daß sie so stark und so lange an der Lokalorganisation festgehalten haben, man hat alle möglichen, die Berliner wenig Ehrenden Gründe für diese im ersten Augenblicke so seltsame Erscheinung angeführt; in der ganzen oft wüthig geführten Polemik aber die thatsächlichen Ursachen dieses Gegenstandes der Berliner Arbeiter zu den anderen deutschen Arbeitern nicht aufgedeckt. Der Verfasser dieser Ausführungen hat sie stets in der Schwäche der Zentralorganisationen in der Zeit der Blüthe der Berliner Lokalorganisationen gesehen. In den letzten 1880er und in den ersten 1890er Jahren waren die Zentralorganisationen im Waugewerbe, in der Holz- und in der Metallindustrie sehr schwach, ihnen fehlten Streikfonds, die ermöglichen konnten, Kämpfe in Berlin zu unterstützen; was sie boten, waren ein Fachblatt, dessen Nachrichten, auch so weit sie das eigene Gewerbe betrafen, fast stets überholt wurden von dem Nachrichtenendienst des Berliner Parteiorgans, des „Vorwärts“. Neben dem Fachblatt hatten sie noch einen einzigen Unterstützungsweig, die Meiseunterstützung. Diese hatte für die Berliner Arbeiter keinen Vortheil, denn der Berliner Arbeiter entschließt sich nur äußerst selten, seinen Wohnort zu verlassen, in Gegenden, wo schlechtere Löhne bezahlt werden, Arbeit zu suchen. Ja, diese Meiseunterstützung erschien den Berliner Arbeitern als eine direkte Schädigung ihrer Interessen, sie vermehrte das Arbeitsangebot, sie verstärkte den ohnehin schon starken Bezug nach Berlin, sie brachte schlechter entlohnte, bedürfnislosere, den Unternehmern willfährigere Arbeiter nach Berlin. So scheinen uns zwar nie ausgesprochene, aber durchaus klare Gründe das lange Festhalten der Berliner Arbeiter an der Lokalorganisation zu erklären.

Wenn nun trotzdem die Berliner Arbeiter heute die stärksten Verwaltungsstellen der zentralen Organisationen bilden, so erklärt sich dies aus folgenden Ursachen. Der Bezug gewerkschaftlich geschulter Arbeiter aus Süddeutschland und aus den preussischen Provinzen nahm ständig zu, die früher schwachen Zahlstellen der Zentralverbände gewannen durch Bezug immer mehr an innerer Kraft, die Berliner Arbeiter sahen auch ein, daß ihr eigenes Interesse es gebiete, für eine Hebung ihrer Berufsangelegenheiten außerhalb Berlins zu sorgen, eine aufsteigende Lohnbewegung in Berlin war stets gefährdet durch elende Lohnsätze außerhalb der Reichshauptstadt, sie sicherten ihre Position, wenn sie die aufsteigende Gewerkschaftsbewegung der anderen Arbeiter förderten; dies war aber bloß im Rahmen der Zentralorganisation denkbar. Die ausgebildete politische Organis-

ation der Berliner Arbeiter, ihre Wahlvereine, Klubs, Volksversammlungen machten eine politische Wirksamkeit innerhalb der Gewerkschaften überflüssig, sie hörte thatsächlich auf und wo sie gepflegt wurde, hatte sie mit schwachem Versammlungsbefuch zu rechnen, stieß sie auf die Interesslosigkeit der Mitglieder. Immer mehr brach sich auch in Berlin der Gedanke durch, daß die Gewerkschaften mehr seien als eine Vorstufe für die politische Arbeiterbewegung oder ein Glied derselben, daß sie selbstständige Existenzberechtigung haben, daß politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nebeneinander bestehende, durchaus selbstständige, jede für sich existenzberechtigte Theile der allgemeinen Arbeiterbewegung seien. Hierzu trat die finanzielle Kräftigung der Zentralverbände, der Ausbau ihres Unterstützungsweises, so daß die Zentralverbände auch den Berlinern nun weit mehr bieten konnten als die lokalen Organisationen.

Mit dem Siege der Zentralorganisation in Berlin war der Kampf der Organisationen entchieden, die Organisationsfrage beantwortet. Trotzdem werden noch hier und da Lokalorganisationen gegründet, so erst im vorigen Jahre in Nürnberg. Dieser Johannisdrick der Lokalorganisationen ist aber nicht durch polizeiliche Eingriffe verschuldet worden, sondern einzig und allein auf Rechnung des Unverständes der Arbeiter zu setzen. Wenn die Arbeiter einer Zentralorganisation mit Beschlüssen eines Kongresses, mit dem von der Mehrheit der Mitglieder angenommenen Ausbau des Unterstützungsweises, mit der deshalb notwendig gewordenen Erhöhung der Beiträge, mit der Regulierung der Beamtengehälter nicht einverstanden sind, wenn sie mit ihrer Opposition gegen ihnen unbecuene Verwaltungsmaßnahmen nicht durchbringen, dann unterwerfen sie sich hier und da nicht, wie es gute demokratische Sitte ist, der Entscheidung der Mehrheit, sondern sie treten — glücklicherweise nur vereinzelt — aus der Organisation aus oder sie versuchen sich mit der Gründung von Lokalorganisationen. Als der deutsche Metallarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung nach langjährigen Debatten einführte, hat in Nürnberg und im übrigen Nordbayern die Opposition gegen diesen großen Schritt zum Ausbau des Verbandes sofort ihren Widerspruch aufgegeben, und nun hat diese Einrichtung keinen Gegner mehr, trotz der Krise ist die Mitgliederzahl ständig gewachsen und die Fluktuation der Mitglieder hat einigermassen abgenommen. In Berlin freilich wurde von einem Häuflein Opponenten eine Sonderorganisation gegründet, die ein unbemerktes Dasein fristet und den großartigen Anschwung der Berliner Verwaltungsstelle nicht im Mindesten hemmen konnte. So diszipliniert sich die Metallarbeiter in Nürnberg zeigen, so wenig verdient dieses Volk ein Theil der Nürnberger Schreiner. Ihrer Opposition gegen die Beschlüsse der Mainzer Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes gaben sie Ausdruck durch Austritt aus dem Verband, durch die Forderung von Sonderrechten für ihre Sektion und endlich durch die Gründung einer Lokalorganisation. Wir sind überzeugt, daß die Opponenten sich in nicht zu ferner Zeit eines Besseren besinnen werden, daß sie dem Verbands, der im Allgemeinen und auch speziell in Nürnberg so Hervorragendes geleistet hat, wieder beitreten und für ihn wieder wirken werden. Um den Irrgeführten dies zu erleichtern, sei auf die Vortheile der Zentralorganisation und auf die Nachteile der Lokalorganisation hingewiesen. Der zum Verbands gehörende Holzarbeiter kann überall im Reiche, ja selbst über die Reichsgrenzen hinaus, die einmal erworbenen Rechte genießen, das Mitglied der Lokalorganisation ist schon in Bamberg oder Schwabach ohne jede Stütze. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist im Stande, durch seine eigenen Mittel und durch den Kredit den er in der ganzen Gewerkschaftswelt genießt, selbst die größten und langwierigsten Lohnbewegungen zu führen, die Lokalorganisation wird die größte Mühe haben, einige Tausend Mark zu sammeln, die selbst für wenige Wochen nicht genügen werden, eine mittlere Arbeitseinstellung durchzuführen. Die große Macht und das Ansehen des Verbandes hat es schon in hundert Fällen fertig gebracht auf dem Wege der Verhandlungen ohne das geringste Opfer seiner Mitglieder Zugeständnisse bei den Unternehmern durchzusetzen, der Lokalorganisation wird das niemals beschieden sein. Reiseunterstützungen, Ueberbedelungsgelder usw. gewährt der Verband, das kann aber die Lokalorganisation nicht bieten. Die Arbeitslosenunterstützung, der Pantafel auch im Holzarbeiterverbande, ist gerade nun, in der Zeit der Krise, der geringeren Arbeitsgelegenheit, der häufigeren Maßregelungen, ein besonders werthvolles Gut für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Traurige Thatsachen werden die Lokalorganisirten bald gelehrt haben, daß gerade diese angeforderte Unterstützungsanrichtung allen Anlaß bietet, dem Holzarbeiterverbande anzugehören und die Streitart zu begraben. Wir weisen noch kurz auf die wichtigsten anderen Vortheile hin, zu denen die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverbande berechtigt. Es sind dies Unterstützung für Gemahregelte, für Hinterbliebene, Umzugs-, Nothfallsunterstützung, der Rechtschutz, Arbeitsnachweise, das Herbergswesen usw. usw. In allen diesen Fällen wird naturgemäß die Lokalorganisation verlangen, wird das Mitglied der Zentralorganisation mit vielen Vortheilen dem Angehörigen der Lokalorganisation gegenüber im Vorprunge sein. Der zentralorganisirte Holzarbeiter wird seinem Unternehmer gegenüber mit ganz anderem Muthalste auftreten, als der lokalorganisirte.

Ernst ist die Zeit heute für den Arbeiter, überall sieht er sich von Gefahren umdroht, nur im festen Zusammenhalte, nur in der Zugehörigkeit zu einer gekräftigten, festgefüzten Organisation mit wohl disziplinierten Mitgliedschaften kann er eine Sicherung gegen wirtschaftliches Ungemach finden. Es ist kein Zeitpunkt unpassender zu Organisationsexperimenten wie unsere Tage. Wer die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wirklich kennt, wen Thatsachen belehren und Lehren nicht heraufschaffen, der wird heute überzeugt sein müssen, daß die Lokalorganisation eine überlebte Organisationsform ist, die nimmermehr erstarken kann, die den Arbeitern nichts zu bieten vermag. Alle Gründe, die gegen die Lokalorganisation sprechen, reden eine ebenso deutliche Sprache für die Zentralorganisation. Wer sein Interesse kennt, wer ernstlich für seine Kollegen wirken will, der wird sich der Zentralorganisation anschließen, der wird für dieselbe wirken, der wird den auf falschen Wegen wandelnden Kameraden mit Freundlichkeit und überzeugenden Worten auf den richtigen Weg zurückführen, der in das Lager der Zentralorganisation mündet.

Nochmals zum Stolper Streik. *)

Zu einem Erguß des Hirsch-Dunder'schen „Sekretärs“ Wolmann in Stolz in Nr. 6 der „Eiche“ können wir doch nicht ganz schweigen. Denn gleich auch der ganze Ton dieses Herrn ein so niedriger ist — er redet in Beziehung auf unseren durchaus sachlichen Artikel in Nr. 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“ als von „elektorregendem, unsinnigem Geschreibsel“, von „nichtsagenden Artikeln, die von Gehässigkeiten trotzen“, von „elenden, verleumderischen Behauptungen“ u. A. —, daß es große Ueberwindung kostet, sich mit ihm überhaupt auf eine Gegenrede einzulassen. Denn augenscheinlich fehlt ihm jedes Gefühl für Höflichkeit und Wahrhaftigkeit; die Kollegen verlangen aber eine Kennzeichnung dieses Herrn, und wäre es auch nur, um seine Charaktereigenschaften in das rechte Licht zu rücken.

Ein altes Sprichwort sagt: „Wer schimpft, hat unrecht“; da Herr Wolmann nicht nur schimpft, sondern sich geradezu in Verleumdungen wälzt, besonders wenn er von dem Artikel in Nr. 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“ redet, so ist garnicht abzusehen, wie groß das Unrecht ist, das er für sich und die Zeitung seiner Organisation reklamirt. Jedensfalls ist dies Geschreibsel nicht in der Lage, die Thatsachen auch nur irgend wie zu verdrücken, die wir in dem schon angeführten Artikel behauptet haben. Der Ton erpapt uns jedes Eingehen auf dieselben, und das umsomehr, als Herr Wolmann irgend welche Gegenbeweise nicht erbringt. Er schimpft und verleumdet einfach.

Wie aus Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ersichtlich, hatte ich eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, zu welcher auch Herr Wolmann und die übrigen Gewerksvereinsführer eingeladen waren, um sich über die von Unwahrheiten und Verleumdungen strotzenden Berichte, welche er in den beiden hiesigen, streng konservativen Zeitungen aufgegeben hatte, zu verantworten. Wer nicht ersahen, daß war Herr Wolmann und seine Getreuen. Er hat denn auch eine ganz schöne Ausrede für sein Fernbleiben, er sagte, das fragliche Versammlungstokal sei zu klein, es dürften in demselben nur 30 Personen anwesend sein, andererseits habe er es auch vorgezogen, seine feilen Knochen zu Hause zu lassen. Was das erstere anbetrifft, so verzicht Herr Wolmann, daß er sonst doch recht oft das fragliche Lokal besucht, wenn es sich um den Gesellenauschuss oder den Begräbnisverein handelt. Weshalb ist ihm das Lokal jetzt auf einmal zu klein? Und wenn er seine Feigheit gar damit entschuldigt, daß er befürchten mußte, verhaften zu werden, so ist das doch die Höhe von Allem. Was jetzt Herr W. noch immer kollegial behandelt worden und er wäre das jedenfalls auch in dieser Versammlung. Welche Veranlassung lag denn für unsere Kollegen vor, ihn zu verhaften? Weil er die Unwahrheit gesagt hatte? Dafür züchtigt wohl eine Mutter ihren ungezogenen Jungen, wir hätten uns jedenfalls darauf beschränkt, Herrn W. für seine Unwahrheiten nur moralisch zu züchtigen. Jedensfalls wußte W., daß bei ihm nicht Alles stimmte, deshalb zog er es vor, zu kneifen, und jetzt wählt er für seine Feigheit so dumme Ausreden.

Uebrigens, daß W. für die Zukunft nicht wieder kneift: Wir haben jetzt ein Versammlungstokal, das mehrere Hundert Personen faßt, und für W.'s persönliche Sicherheit werde ich ausdrücklich die Garantie übernehmen. Er bekommt, damit ihm kein Leid geschieht, ein durchaus sicheres Geleit verbürgt.

Die W.'sche Behauptung, ich sei selbst durch meine eigenen Kollegen, der Unwahrhaftigkeit überführt worden, entspricht in keiner Weise den Thatsachen. Zu einer Zurücknahme von Verleumdungen hatte ich keinen Anlaß, da ich nicht Verleumdungen, sondern Thatsachen vorgebracht habe. Erklärte doch beispielsweise ein gewiß vertrauenswürdiges Vorstandsmittglied der Hirsch-Dunder'schen, daß bei ihnen die Ueberzeugung vorherrschte, daß Wolmann an Allem schuld sei. Aber sie möchten das nicht gern an die Oeffentlichkeit bringen, weil das einen großen Krach gäbe und Wolmann sich ein Leid anthun könnte.

Wenn W. weiter die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gemachten Angaben betr. der Trinkgelage bei Staubbach & Friedrich leugnet, so charakterisirt er sich damit wiederum nur selbst in dem oben schon angedeuteten Sinn. Ich erinnere nur an Folgendes: Als am 13. Oktober in unserer Mitglieder-versammlung unser Kollege L e i p a r t über seine Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete und u. A. dabei betonte, daß Herr Friedrich auch über das Trinken der Arbeiter sehr geklagt habe, da war es der mitanwesende Vorsitzende der Hirsch-Dunder'schen, H e r m a n n, der ihm beipflichtete. Er anerkannte, daß, wie er als Arbeiter bei R. & Fr. selbst gar zu oft erfahren habe, dort die Kollegen durch einen Werkführer, der einen Kleinhandel hat und das Bier liefert, sehr viel zum Trinken animirt worden sind. Dann wird aber noch in der sogenannten schwarzen Stunde, der Stunde vor Feierabend, durch den Lehrling regelmäßig Synaps geholt, auch jetzt noch, obwohl die sonstige Trinkererei nach dem Streik abgeschafft ist. Wie kann W. das Alles leugnen, er, der vor zwei Jahren doch selbst in diesem Betriebe geschafft hat? — Ueber die Qualifikation dieses Hirsch-Dunder'schen Sekretärs noch Folgendes: Die Hirsche wissen, daß nach der Niederlage alle Firmen die Zugeständnisse, die sie früher gemacht, wieder zurückgezogen haben. Von ihrer Seite ist dagegen nichts geschehen, auch nicht, als bei Blau die Abzüge erfolgten, bei dem sie vorwiegend beschäftigt sind und der ja von ihnen zum Stadtverordneten erklärt worden ist. Als aber bei Deder, der ja ohnedies nur bis Neujahr bewilligt hatte, abgezogen wurde, da wollten uns die Hirsche in einen Abwehrstreik drängen, waren von ihnen doch nur vier Mann in diesem Betriebe beschäftigt. Unsere Kollegen waren klug genug, diese Zumuthung gehärend zurückzuweisen.

Wir könnten so noch Vieles zur Charakteristik der Hirsche und ihres Sekretärs vorbringen. Wir sparen es uns auf, vielleicht giebt uns der unverwundliche Wolmann noch einmal Gelegenheit, ihn bei den Ohren zu nehmen. Bezüglich ist es doch für die Hirsche, daß sie einem solchen Mann den Sekretärposten überlassen und seine Elaborate in der „Eiche“ veröffentlichen, obwohl diese selbst schon durch die in demselben Organ veröffentlichten Generalratsprotokolle Lügen gestraft werden. Das ganze Verhalten der

*) Die Veröffentlichung dieser Erklärung wurde durch nothwendige informatorische Korrespondenzen erheblich verzögert. H a l t i o n.

Sitzungen in dieser Angelegenheit fordert sehr zum Mittrauen gegen diese Organisation heraus.

Wir aber werden es uns stets zur Pflicht machen, die Kollegen aufzuklären, insonderheit auch über die Sitzungen und ihren Sekretär; unter Lokal steht uns ja jetzt zur Verfügung und an der Unterstützung des Gewerkschafters wird dabei auch nicht fehlen. Perm. Steh, Stoly i. Rom.

Der Tischlerstreik an dem Rathhausneubau in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. geht zur Zeit ein Prachtbau seiner Vollenendung entgegen, das Rathhaus. Die Tischlerarbeiten für den Festsaal, Plafond und Wandvertäfelung wurden, wie auch die anderen Arbeiten, in Submision vergeben, an welcher sich drei Frankfurter Tischlerfirmen beteiligten, und zwar die Firma A. B. mit 60-80 Arbeitern, die Möbelfabrik Schneider & Hanau mit 80-120 Arbeitern und die Firma Rothe & Söhne mit 5 Arbeitern. Letztere erhielt die Arbeit, deren Preis sich auf über 1.000.000 beläuft, zugeschlagen. Wie es kommen konnte, daß die Firma Rothe überhaupt den Auftrag hatte, eine solche umfangreiche Arbeit zu übernehmen, und wie es kommen konnte, daß eine wohlthätige Stadtverwaltung dieser Firma die Arbeit übertragen hat, darüber sind die Meinungen sehr getheilt. Wie verlautet, soll den maßgebenden Herren der Holzwirtschaft der Firma R. maßgebend gewesen sein, während sie auf die Arbeitskräfte und Betriebsbedingungen weniger Werth legten. Nun mag wohl früher, vielleicht in den sechziger Jahren, diese Firma am Ort mit an erster Stelle gestanden haben, indessen kam sie in den letzten Jahren immer mehr in Vergessenheit und mußte demzufolge ihren Betrieb immer mehr einschränken. Die letzten 40 Jahre sind denn auch spurlos an dieser Firma vorübergegangen, noch heute finden wir dort die umständlichen Einrichtungen wie früher, jedes Stäbchen muß mit der Hand gemacht werden, und auch die sonstigen Einrichtungen sind noch solche wie zu Großvaters Zeiten. Jedenfalls sollte nun die Uebernahme der Rathhausarbeiten dazu dienen, der Firma ein neues Gepräge zu verleihen und sie der Vergessenheit zu entreißen.

Bei den Frankfurter Tischlergesellen ist die Firma Rothe in wenig rühmlicher Weise bekannt; finden wir doch dort noch mit die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche man sich denken kann, und es gilt als nicht besonders schmeichelhaft für einen Tischler, bei Rothe gearbeitet zu haben. Wer seine Arbeitskraft nicht höher einschätzt, wer so wenig Ansprüche an das Leben macht, um mit dem Lohn bei Rothe auskommen zu können, mit dem kann es nicht so arg weit her sein. Und wer sollte es nicht wissen, daß Einer von Rothe kommt? Zeigt es nicht die Invalidentaxe, dieses dem Unternehmer so angenehme, ihm vom Staat in die Hand gegebene Kontrollmittel? Wer von Rothe kommt, hat andere Karten in seiner Karte, wenn es auch nicht viele sind. Bei Herrn Rothe wird nur im Accord gearbeitet, indessen bekommt es der Arbeiter nicht früher zu wissen, was es für die Arbeit giebt, bis tiefste fertig ist. Dann geht aber ein Handeln und Feilschen los, als befände man sich in der Markthalle in der Nähe einer Sachsenhäuser Gemüßfrau. Wer sich jedoch mit einem freundlichen Gesicht und wohlmeinenden Rathschlägen, von welchen man allerdings nicht satt wird, abweisen läßt, wird auch die Günstigkeit des Prinzipals nicht vermissen. Herr Rothe hat nach seinen „gesammelten Erfahrungen für jede Arbeit von Alters her“ seinen festen Satz, nur verrät er diesen Satz nicht früher, als bis die Arbeit fertig ist. Sollte dann der Arbeiter widerwillig und mit diesem Satz nicht zufrieden sein, eine Einigung auch nicht erfolgen, wird die Arbeit in Lohn berechnet, welcher pro Stunde fünfundsiebzig deutsche Reichspfennige beträgt. Offenbar will Herr Rothe seine Arbeiter an Sparsamkeit und Ordnung gewöhnen, weshalb Zahlungen nur alle 14 Tage erfolgen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, jedoch behauptet Herr Rothe, daß ihm die 9 1/2 Stunden gegen seinen Willen aufgezungen worden sei; ob ihm nun von Seiten der städtischen Verwaltung bei Uebergabe der Arbeit nahegelegt worden ist, seine Arbeitsbedingungen einigermassen denen der anderen Geschäfte anzupassen, wissen wir nicht. Eines jedoch ist sicher, daß er von seinen fünf alten Leuten nicht dazu gedrängt wurde, diese würden ebenso lieb 12 Stunden schaffen.

Mehr der Noth gedenkend als dem eigenen Erziehe, hatten auch einige unjener Kollegen bei Herrn Rothe die Arbeit aufgenommen, als die Geschichte mit der Rathhausarbeit bekannt wurde. In ihrer Hoffnung, daß Herr Rothe doch wohl einsehen würde, daß er unter solchen Verhältnissen brauchbare Arbeitskräfte nicht erhalten und demgemäß andere Einrichtungen treffen würde, sahen sich dieselben aber arg enttäuscht. Das fortwährende Drängen Einzelner, später der gesammten dortigen Arbeiterschaft, nach höheren Stundenlöhnen, nach Festlegung der Akkordarbeit innerhalb der ersten Tage, und nach achtstägiger Zahlung war nutzlos. Herr Rothe ließ sich auf nichts ein. Am Montag, den 23. Februar, wurde Vormittags das letzte Mal von Seiten der Arbeiter eine Kommission zu Herrn Rothe geschickt, jedoch mit dem früheren Resultat. Da riß endlich den Arbeitern der Geduldsfaden und 20 Mann legten, wie wir bereits berichtet, von den 25 dort Beschäftigten die Arbeit nieder und ziehen nunmehr seit 2 Wochen im Streik. Was nun? Wird Herr Rothe seine „Drohung“, die Arbeit der Stadt wieder zu führen zu legen, zur Thatfache werden lassen? Wie verlautet, soll doch die Arbeit mit Anfang Juni fertig sein, da anlässlich des hier stattfindenden Gesangs-Wettstreits der deutsche Kaiser in dem Festsaal empfangen werden soll. Jedenfalls dürfte auch von den staatlichen und städtischen Behörden erwartet werden, daß bei Vergebung solcher Arbeiten auch auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Augenmerk genommen wird. Es hat ja bereits den Anschein, als sollte auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Druck ausgeübt werden, wenn man an Unternehmer vom Schlage des Herrn Rothe Arbeiten vergiebt; und auf die Löhne zu drücken und die Steuern zu erhöhen, reinigt sich schlecht zusammen. Aber gerade von einer freisinnig-demokratischen Stadtverwaltung wie in Frankfurt a. M. hätte man erwarten dürfen, daß sie bei Vergabung der Arbeiten solche Fabrikanten berücksichtigt hätte, welche die durch den 13wöchigen Streik im Jahre 1900 erzielten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch einhalten, ein neuer Kampf wäre dann erspart geblieben. Wir verlangen nichts

Unrechtmäßiges, sondern nur das, was in anderen Betrieben schon seit Jahren eingeführt ist. Werden diese Einrichtungen von allen Unternehmern und Fabrikanten eingehalten, wird Keiner einen Nachtheil davon haben. Und daß nur dort die besten Arbeitskräfte zu finden sind, wo bessere Arbeitsbedingungen bestehen, dies einzusehen, braucht man doch kein Fachmann zu sein. Nun, mag es kommen, wie es will, Eines ist sicher, daß die Frankfurter Tischler keine Lust verspüren werden, mit Herrn Rothe's „gesammelten Erfahrungen“ belannt zu werden, sie haben ihrerseits die Erfahrung gemacht, daß die von Alters her bestehenden Einrichtungen nicht mehr der Neuzeit entsprechen. Ob auswärtige Kollegen Hofsbedienten dem Unternehmer leisten werden, wir bezweifeln es, sollte indeß der Eine oder Andere Lust dazu verspüren, wir haben sie hiermit gewarnt.

Der Streik in der Pianofortefabrik von Zimmermann A.-G. in Leipzig zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Durch die Geschlossenheit der Theilseitigen sowie durch Fernhaltung des Zugewand, zumal sich die Geschäftsführung des Streiks in guten Händen befand, konnte die Geschäftsführung die geplante Aufnahme des Betriebes nicht durchführen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes wandte sich deshalb am 28. Februar an die Organisationsleitung mit dem Ersuchen, eine Aussprache herbeizuführen. Hierbei erklärte derselbe, der Amtshauptmann habe seine Vermittelung angeboten, er selbst wünsche jedoch, die Behörden bei den Verhandlungen auszuscheiden. Sofern die Arbeiter einen Theil ihrer Forderungen zurückziehen, sei der Aufsichtsrath zu einer Einigung geneigt. Dieses lehnten jedoch die Ausständigen ein. Am 1. März wurde der Aufsichtsrath von der Organisationsleitung mitgetheilt: der Aufsichtsrath habe beschlossen, 8 pzt. anstatt der geforderten 5 pzt. zu bewilligen, im Uebrigen sei die Direktion angewiesen, eine Regelung des Tarifs mit den Ausständigen herbeizuführen. Die Arbeiter lehnten aber die 8 pzt. wieder ein. Am 8. März erklärte der Aufsichtsrath sich jedoch bereit, die Organisationsleitung mit einer Tarifregelung zu beauftragen. Diese fand am 8. und 4. März zwischen der Direktion, Vertretern der Organisation, der Streikenden und unter jeweiliger Zugiehung von Branchenvertretern statt. Hierbei wurden sämmtlichen Lohnarbeitern sowie den Pianofortearbeitern die vollen 5 pzt. zugestanden, während der Tarif der Akkordarbeiter im Durchschnitt eine vierprozentige Erhöhung aufwies. Am 5. März wurde jedoch einigen Positionen seitens des Aufsichtsrathes die Genehmigung nicht erteilt und auch die Arbeiter erteilten zu einigen Positionen ihre Zustimmung ebenfalls nicht, so mußten denn die Verhandlungen von Neuem beginnen. Diese ergaben denn auch für die Akkordarbeiter ein günstigeres Resultat. Da auch die übrigen Forderungen der Arbeiter, Anerkennung des Arbeiterausschusses, Freitagshilfszahlung, sowie eine Anzahl Forderungen kleinerer Natur, anerkannt wurden, beschlossen die Ausständigen ein. Dieses ist auch in derselben Geschlossenheit, wie die Arbeitsniederlegung, erfolgt. Einige Klausurkinder fanden ihren verdienten Lohn und wurden entlassen.

Wemerkenswerth ist neben der musterghiltigen Haltung der Ausständigen die für sächsische Verhältnisse auffallende Neutralität der Behörden, und ist nur zu wünschen, daß die sächsische Polizei bei Streiks stets die gleiche Unparteilichkeit üben möchte.

Aber auch den Herren Mahardt und Genossen Einiges in's Stammbuch. Die „Nachzeitung“, das Scharfmacherorgan, brachte sämmtliche Namen der Streikenden, eine ganze Seite voll, nebst den Geburtsdaten, in der erkennbaren Absicht, die deutschen Unternehmer vor der Einstellung dieser Kollegen zu warnen. Dieser Thatendrang des Herrn Mahardt war jedoch vergebens, ja, die Direktoren erklärten, die Veröffentlichung der Namen ihrer Arbeiter sei ohne ihre Zustimmung erfolgt, während der Vorsitzende des Aufsichtsrathes diese Veröffentlichung selbst schaltete.

Wit Hilfe der Organisation, war es hier möglich, einen berechtigten Kampf für die Arbeiter siegreich zu beenden, mögen die Theilseitigen durch Weibehaltung ihrer Organisation für die weitere Erhaltung und Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bestrebt sein. Aber auch den übrigen Klavierarbeitern sei es ein Ansporn, ihren oftmals unberühmlichen Indifferentismus abzustreifen, ehe es zu spät ist. O. G.

Rundschau.

Gleiches Recht für Alle. In dem neuen Statut für die Tabak-Veruissenschaft finden sich folgende für sich selbst sprechende Bestimmungen über die Reisekosten und Tagelöhner der Vertreter bei eventuellen Reisen. Es erhalten:

- a) Vertreter der Unternehmer:
 1. Bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 1. Klasse, sowie für jeden Zu- und Abgang M. 5.
 2. Bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 60 M.
 3. Für Wohnung und Heizungskosten pro Tag M. 10, über 50 Kilometer weite Reisen pro Tag M. 15.
- b) Vertreter der Arbeiter.
 1. Bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 2. Klasse.
 2. Bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 60 M.
 3. Für Heizungskosten für einen halben Tag M. 1, für den ganzen Tag M. 2, für Uebernachtung M. 3, außerdem Ertrag für entgangenen Arbeitsverdienst mindestens M. 2 täglich.

Kommentar überflüssig!

Arbeitgeberverbände und Innungen. Eine außerordentlich wichtige Entscheidung auf sozialpolitischem Gebiete hat der preussische Handelsminister Möller getroffen. Beim Entstehen der Arbeitgeberverbände in zahlreichen Zweigen des Handwerks waren einige Innungen nur allzu bereit, diesen „Kampfororganisationen“ gegen die Arbeitnehmer beizutreten, obwohl dies vielfach den Innungsverbänden nicht angenehm war, da die Arbeitgeberverbände ihre Kreise stärten. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob

eine Innung überhaupt berechtigt sei, einem Arbeitgeberverband beizutreten.

Bei der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe traten viele Innungen diesem Verband als Mitglied bei. Der Vorstand des Bundes deutscher Schneider-Innungen wandte sich an den Handelsminister Möller mit der Bitte um eine Erklärung darüber, ob diese korporative Mitgliedschaft Bedenken unterliege oder nicht.

Die Antwort des Ministers Möller ist nun erfolgt. Sie geht dahin, daß die Innungen als solche im Allgemeinen nicht zum Eintritt in einen Arbeitgeberverband berechtigt seien und daß der demnach vollzogene Beitritt die Schließung der Innung zur Folge haben könne.

Mit Bezug auf den „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe“ heißt es in dem Erlaß: Dieser Verband ist seiner Bestimmung nach, wenn es auch in den Statuten nicht klar hervortritt, ein Kampfberein gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer. Seine Bestimmung steht somit in Widerspruch zu § 81 a Ziffer 2 der Gewerbeordnung, wonach die Aufgabe der Innungen die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen ist. Hierzu kommt noch, daß die Innungen auch Mitglieder angehören, die nicht Arbeitgeber sind, und daß es eine Unbilligkeit sein würde, die von ihnen mitgebrachten Innungsmittel einem Verbandsverbande zuzuwenden, dessen Aufgabe lediglich die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber bildet.

Da die Ausführungen des Ministers über den Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe wohl auf alle Arbeitgeberverbände zutreffen, so wird es nunmehr diesen Verbänden hoffentlich nicht mehr gelingen, ganze Innungen zur Mitgliedschaft heranzuziehen.

Und die Innungsgrößen vom Schlage der Mahardt und Rings, die ja jederzeit bereit waren, Gut und Blut — der deutschen Tischlerinnungen für die Scharfmacherverbände zu opfern, werden nun das Ungeheul ihres bisherigen Vorgehens einsehen müssen. Jedenfalls fehlt ihnen noch jetzt an die Möglichkeit, sich an den großen Scharfmachern zu joinen. Und der Arbeitgeberverband für die Tischlergewerbe nach dieser Auflösung verfallen müssen, da er fast nur aus Innungen zusammengesetzt ist, die ihm nach der Möllerschen Entscheidung ungeschickterweise angehören.

Ueber diesem Arbeitgeberverband scheint überhaupt ein schweres Verhängnis zu walten. Erst war seine viermalige Gründung notwendig, ehe ihm einigermaßen Leben eingehaucht werden konnte. Und nun die Schwermere zu Stande gekommen ist, sollen ihr die paar Lebensjahre, die den Wechselbaig noch kümmerlich am Leben erhalten, auch noch entzogen werden.

Den größten Schmerz wird aber Mahardt erfahren; denn all' seine Herrlichkeit dürfte zum Teufel gehen, wenn es seiner Innung verwehrt ist, den Scharfmacherverbänden Handlungsdienste zu leisten. Erst das Risiko mit dem Arbeitsnachweis in Berlin und jetzt gar noch mit dem Arbeitgeberverband! O, Schmerz lag nach.

Der Werth der Arbeiterausschüsse wird wieder einmal in's rechte Licht gerückt durch folgende Mittheilung des „Sächsischen Volksblattes“ aus Eiserberg: Nachdem durch die Maßregelung des Genossen Ernst Prager der letzte Rest vom Arbeiterausschuß bei der Firma Heinrich Niedebuglirt worden war, verlangten die Arbeiter, daß ein neuer Arbeiterausschuß gewählt werde, was auch Herr Niedebuglirt versprach. Anstatt sich nun den gesetzlichen Bestimmungen (§ 84 b Abs. 4 der Reichs-Gewerbeordnung) anzupassen und allen großjährigen Arbeitern ihr garantiertes Mitrederecht einzuräumen, prangte am 11. Februar im Wehsaal folgender Ausschlag:

Ich bestelle hiermit die Arbeiter Herr Heinrich Schenderlein „ Franz Orlich „ Paul Dirnler zum Arbeiterausschuß in meiner Fabrik Heinrich Niedebuglirt.

Das ist der reine Terrorismus. Erst maßregelt man die von den Arbeitern selbst bestimmten Mitglieder des Arbeiterausschusses hinaus und dann bestimmt der Arbeitgeber die Arbeiter als Ausschussmitglieder, die er gern will. Wahrlich, eine sehr bequeme Art und Weise, den Arbeiterausschuß zum bloßen Schatten zu machen und ihm jede Bedeutung zu nehmen. Es zeigt sich immer wieder: Die Institution der Arbeiterausschüsse in Deutschland ist verfehlt. Das Kapital will nicht. Es will selbst Herr im Hause sein.

„Gefelle“ eine strafbare Bezeichnung. Die „Schleiss-Holst. Volksztg.“ veröffentlicht wieder aus Schilba, noch aus Adbera, sondern aus dem wirklich existierenden Nixdorf, Kreis Pöln, das folgende prächtige Dokument:

Nr. 11 der Strafliste des Jahres 1903. Nixdorf, den 9. Februar 1903.

Sie haben sich als Gefelle bezeichnet, ohne den Nachweis über die besondere Prüfung erbracht zu haben. Die Uebertretung wird bewiesen durch amtliche Feststellung. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 360 des Reichs-Strafgesetzbuchs eine bei der hiesigen Amtsstelle zu erlegenden Geldstrafe von 3 (drei) Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von 1 (einem) Tage, hierdurch festgesetzt, auch haben Sie Ihre Legitimationspapiere berichten zu lassen.

(Folgt der Hinweis auf den dem Missethäter offen stehenden Weg der gerichtlichen Entscheidung).

(Amtl. Stempel). Der Amtsvorsteher: Schröder.

An den Maurergehilfen Herrn M. N. in D.

Der angezogene Paragraph bedroht mit Geldstrafe bis zu M. 150 oder mit Haft:

Wer unbefugt eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt, oder Titel, Würden oder Adelspräbikate annimmt, ingleichen, wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient.

Offenbar hält der Amtsvorsteher den Ausdruck „Gefelle“ für die unbefugte Annahme eines Adelspräbikats, und er heißt den Frevler, sich bei Vermeidung weiterer Strafen aus-

Schlüssel „Maurergehülfe“ zu nennen. Wenn der Mann nun nicht parirt und sich in einer Stunde der Verwirrung einfach „Maurer“ nennt, wie viel muß er dann bezahlen?

Was das Reich für die Arbeiter thut. Das Budget des Deutschen Reiches beträgt für das Jahr 1903 in den Ausgaben M. 2 465 000 000, rund 2½ Milliarden Mark, wovon 220 000 000 durch einen neuen Pump gedeckt werden müssen, da um diesen Betrag die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückbleiben. Gegenüber dem Budget für 1902 betragen die Ausgaben M. 180 000 000 mehr. Fast die Hälfte, 1½ Milliarden, wird für Heer und Marine aufgewendet. Die gesammte Reichsschuld beträgt rund M. 2 740 000 000. Von den 2½ Milliarden Ausgaben entfallen auf soziale Zwecke: M. 40 858 000 für die Invalidenversicherung, M. 40 000 für eine ständige Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung, M. 6 000 für das internationale Arbeitsamt in Basel, M. 4 000 000 zur Erbauung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte, M. 80 000 für Tuberkuloseforschung, die freilich nicht nur der Arbeiterkraft zu Gute kommt, M. 6 000 für Errichtung von Heilstätten für Lungentränke, zusammen M. 45 054 000 oder 1,7 pSt. der gesammten Reichsausgaben. Auf der anderen Seite stehen im Etat der Reichseisenbahnen mit 4 090 400 für Löhne um M. 51 200 weniger als im vorjährigen, weil die Zahl der Arbeiter von 4280 auf 4076 vermindert wurde. Die Zahl der Beamten ist natürlich nicht vermindert worden. Erwerbswerth sind noch die M. 1 500 000 Reichszuschuß zur Beihilfegung an der nächstjährigen Weltausstellung in St. Louis (Amerika).

Sterbetafel.

Richard Wille, Tischler, geb. 29. 4. 45 zu Dresden, gest. 2. 8. 03 zu Dresden. August Fall, Nordmacher, geb. 1. 5. 43 zu Garg a. d. O., gest. 17. 2. 03 zu Steittin. Johann Mayerhofer, geb. 10. 2. 80 zu Högertshausen, gest. 17. 2. 03 zu Heibelberg.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Apolda. Unseren Mitgliedern bringen wir die von dem Gewerkschafts-Komitee seit mehr als sechs Jahren eingerichtete Auskunftsstelle in Erinnerung. Die Auskunftsuchenden finden kostenlos Rath und Aufschluß auf den verschiedenen Gebieten. Namentlich bei gewerblichen Streitigkeiten ist es unerlässlich, ehe die frivolle Sache vor das Gewerbegericht kommt, sich vorher zu informieren, resp. die Ausstellung der Klage formgemäß bewirken zu lassen, um bei den oftmals ganz komplizierten Fällen klar und bestimmt seine Forderung vertreten zu können. Ein umfangreiches Gebiet, auf dem der Arbeiter der Aufklärung und Unterstützung bedarf, ist die Wahrnehmung von Rechten aus der sozialen Gesetzgebung, wie der Unfall-, Invaliden- und Krankentassen-Versicherung. Auch hier erfolgen gewissenhafte und mit der Materie vertraute Rathschläge und kostenfreie Anfertigung von Schriftstücken gegen Entschädigung von Verursachungsstellen, Verurteilungen und Rekurse an Schiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt in Berlin. — Des Weiteren sind begründete Beschwerden an den Fabrikinspektor über sanitäre und stützliche Mängel, das Fehlen von Schutzvorrichtungen und die längere Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken dabeilich anzubringen, wo sofort auf Abhilfe gesehen wird. Die Namen der Beschwerdeführer bleiben nur der Auskunftsstelle bekannt. — Auch in anderen Fragen betr. Lehrlingswesen, Wohnungs- und Miethsangelegenheiten, Staats- und Gemeindegerechtig, Vormundschafts- und Alimantationsfachen zc. stehen die Vertrauenspersonen Carl und Margarethe Greifeld, Gießerstr. 14 pt., zu jeder Zeit den Auskunftsuchenden zu Diensten.

Bad Rissingen. Wir halten es für unsere Pflicht, unsere außerhalb unserer Mauern wohnenden Kollegen auf die Wilmsche Werkstat hier selbst aufmerksam zu machen. Es herrschen dort Zustände, die nicht mehr schön sind. Der Herr scheint es sich zur Gewohnheit zu machen, die Kollegen mit M. 5 resp. M. 4 heimzuschicken, damit sich diese unglücklichen Menschen mit diesem Hebelgeld großmachen können. Wir möchten Herrn Wilms doch ersuchen, es einmal mit M. 4 zu probieren, eine Woche zu leben und Alles davon zu befreiten, er würde es nicht fertig bringen. Darum, werthe Kollegen: unterstützt uns und haltet die Kollegen fern von hier. Wir werden das Weitere berichten.

Braun. Die Kollegen der Firma Birner & Schud in Vangenau waren, wie wir schon kurz mitgeteilt haben, am 21. Februar wegen Maßregelung eines Kollegen in den Ausstand getreten. Wir fühlen uns veranlaßt, heute darüber einige Einzelheiten der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Sonntag, den 22. Februar, wurde durch Vermittelung des Gauvorstandes eine Einigung erzielt. Der Firmeneinhaber erklärte sich bereit, Alle wieder einzustellen, doch mußten die Kollegen das Versprechen geben, mit ihrem Erfolge nicht zu prahlen und nicht allemal an die Zeitung zu gehen, sondern sie sollten, wenn Differenzen entstehen, mit dem Inhaber in ruhigem Tone unterhandeln. So wurde denn Frieden geschlossen und am 23. Februar die Arbeit wieder aufgenommen. Doch wie weit es mit dem friedlichen Einbernehmen der Fabrik her ist, sei in Folgendem geschildert: Gleich in den darauf folgenden Tagen nach dem Ausstand wurde einigen Kollegen, zwei an der Zahl, erklärt, es gebe keine Arbeit, sie müßten vielleicht vierzehn Tage aussetzen, dann könnten sie wiederkommen. Ein anderer sollte 100 Hefte für 35 M. machen, während es zuvor 50 M. gab. Der betreffende Kollege konnte die Hefte aber nicht für den billigen Preis machen, da er nichts dabei verdiente, und so wurde ihm denn erklärt, mehr gebe es nicht, er müßte eben gehen. Trotzdem für die hier angeführten Kollegen keine Arbeit da war, wurden andere wieder eingestellt. Einem andern Kollegen wurde auch eines Tages erklärt, er müßte bis auf Weiteres aussetzen, und zur selben Stunde nahm man einen andern wieder in Arbeit. Man hat es eben auf alle Kollegen, welche sich am Ausstand theilhaftig haben, abgesehen und versucht sie nun durch solche Ausreden, es gäbe nichts zu thun, herauszubringen. Soll doch der Inhaber einem jüngeren Arbeiter gegenüber erklärt haben, daß Alle, welche gestreikt haben, raus müßten. Auch hat die Fabrik schwarze Listen an die Fabriken der Umgegend gesandt, auf welchen die Namen aller Deren stehen, welche sich am Ausstand theilhaftig haben, und so ist es einem Kollegen, welcher aufhören mußte, nicht gelungen, in der Nähe Arbeit zu erhalten; es hieß allemal, Sie haben gestreikt; solche Leute können wir nicht gebrauchen. In Anbetracht dieser Verhältnisse richten wir nun an alle Kollegen, Dresdler und Maschinuarbeiter, das Ersuchen, Vangenau und speziell die Firma Birner & Schud streng zu meiden.

Breslau. Am Sonntag, den 22. Februar, fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Peitert über das Thema: „Der Ausbau unserer Organisation und wie verhalten wir uns dazu“, referirte. Er kam im Eingang seines Vortrages auf die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit zu sprechen, welches letztere besonders die Organisation aufstrebt und zum Theil auch zur Durchführung zu bringen vermochte. Daß hierin nicht noch mehr geleistet werden kann, daran sind wohl zu einem gut Theil die Kollegen selbst schuld, denn man konnte auch heute wieder sehen, daß noch sehr viele Kollegen in der Versammlung bezw. in dem Verbands fehlen, wo ist das Interesse geblieben von 1900? Es gab gewiß Unregelmäßigkeiten genug zu hören, als der Vortragende auf das Submissionswesen zu sprechen kam. Wie forchten die Anwesenden, als ihnen die Preise mitgeteilt wurden, die in der Submission für Tischlerarbeiten in der Heilanstalt in Breslau geboten worden sind. Die Firma Jos. Zwirner als Mindestfordernde erhielt den Zuschlag; was wird man da Alles

wieder erleben, zu welchen Differenzen wird es da wohl kommen, wenn die Tischlergesellen nicht auf dem Posten sind? Wie viel Unheil könnte noch vermieden werden, wenn auch bei Bekämpfung dieses großen Übels die Behörden auch wohlwollender und hilfsbereiter zur Seite ständen? Aber da werden wir noch lange warten können; deshalb alle Mann in den Verband und Manches wird sich ändern. Es wird Klage geführt, daß bei Wuche an städtischen Arbeiten (Schulbänken) des Sonntags und noch bei niedrigen Preisen gearbeitet wird. Ferner kommen noch Klagen aus den Werkstätten von Schmidt & Erbe, Weber, auch in der Erlenenbranche sieht es sehr traurig aus. Es ist, als wenn es den Kollegen erst ganz miserabel gehen muß, ehe sie zur Erkenntniß kommen. Auch über das sogenannte Affordixen wird sehr abfällig gesprochen, denn die Preise werden nur nach Gutdünken und Ermessen des Meisters oder dessen Antriebers eingeschrieben; ob der Geselle die Arbeit dafür oder überhaupt machen will, ist Nebensache. Kollege Wittenberg kommt auf das Prämienlohnsystem zu sprechen und es wird den Kollegen die Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ besonders empfohlen, da in derselben die Angelegenheit sehr deutlich erklärt worden ist. Kollege Blau zieht noch die Preise von 1890 an und vergleicht sie mit den jetzigen. Zum Schluß fordert derselbe auf, dem Verbands nicht nur treu zu bleiben, sondern immer neue Anhänger für denselben zu werden.

Wirth. Spiegelfabrikant Kern in der Holzstraße hat das Schlimmste auf die Konkurrenz aus dem ff los. Wir wollten ihm das nicht weiter verdenken, wenn er nur nicht selbst Derjenige wäre, welcher immer durch einen glücklichen Kniff seine Konkurrenten aus dem Felde schlägt; daß der gute Mann, sobald das Geschäft etwas abflaut, ebenfalls nichts Besseres zu thun hat, als billiger zu liefern, braucht wohl nicht weiter gesagt zu werden. Trotzdem Kern vom Holzarbeiterverband schon verschiedene Male darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, die Kosten einer derartigen Mache zu tragen, versucht K. den Griff in die Taschen seiner Politturarbeiters doch immer wieder. Bis jetzt war es jedes Mal vergebens, aber der betreffende Politturarbeiter slog regelmäßig auf's Pflaster. Es ist dies in Anbetracht der sonstigen mißlichen Verhältnisse in der Bude (wie Werkmeister D., Materiallieferung zc.) durchaus kein Unglück für den Betreffenden, aber besser ist es doch, man vermeidet derartige Szenen. Um künstlichen Weibereten vorzubeugen, wurde vom Deutschen Holzarbeiterverband die Sperre über den Betrieb von Kern verhängt. Politturarbeiter, sorgt dafür, daß Niemand seinen Kollegen in den Rücken fällt, dann wird auch Herr Kern noch zu der Einsicht kommen, daß jeder Arbeiter seines Lohnes werth ist. Wir ersuchen, den Bezug von Politturarbeitern nach hier überhaupt fernzuhalten, denn auch die übrigen Fabrikanten haben Lust, dem Weispiele Stern's zu folgen.

Göttingen. Wir berichteten vor Kurzem, daß hier selbst am 14. Februar eine öffentliche Tischlerversammlung stattgefunden habe, welche sich mit den hiesigen Lohnverhältnissen beschäftigte, und daß die hiesigen Kollegen durch den starken Besuch der Versammlung bewiesen haben, daß auch sie einsehen, daß dieselben nur durch eine kräftige Organisationsmaßnahme gebessert werden können. Die betreffende Versammlung hat denn auch in den Kreisen der Arbeitgeber ihre Wirkung nicht verfehlt, etwelcheits haben schon einige Arbeitgeber von selbst etwas Bohn zugestimmt, aber auch auf der anderen Seite haben wir mit Arbeitgebern zu thun, welche ihren Arbeitern nicht einmal gestatten wollen, über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken, wie dieselbe zu bessern sei, da ja diese Sorte nach ihrem Daseinhalten dann nicht mehr existenzfähig sind. Zu dieser Kategorie gehört denn auch Herr Kaiser, welcher das Gespenst der Lohnerhöhung herannahen sah und deshalb seine sämmtlichen neun Tischler kündigte, weil sie nur 'mal daran dachten, wie ihre wirtschaftliche Lage gebessert werden könne. Es kommen Kollegen in Betracht, welche 26, 18, 5, 4 und 2 Jahre und kurze Zeit dort beschäftigt waren. Ein Besuch, durch Entsendung einer Kommission bei Herrn Kaiser die Sache rückgängig zu machen, scheiterte, indem Herr K. erklärte, so gut wie seine Arbeiter das Recht haben, ihm zu kündigen, stände ihm dieses zu, und er wolle „Herr im Hause“ bleiben. Er mußte zugestehen, daß er tüchtige Arbeiter habe, aber er wolle sich 'mal verändern. Alle neun Kollegen verließen auch am 4. März das Geschäft; dieselben sind bis auf einen organisiert. Am selben Abend fand nun eine öffentliche Tischlerversammlung statt, welche sich mit der Maßregelung der Kollegen beschäftigte. Wir hatten auch die Arbeitgeber eingeladen, und Kollege Becker aus Hannover, welcher das Referat übernommen hatte, benutzte die Gelegenheit und besprach zugleich die hiesigen Lohnverhältnisse auf Grund der vor Kurzem aufgenommenen Statistik. Wir müssen konstatieren, daß hier am Orte eine solch zahlreich besuchte Tischlerversammlung seit langen Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Diefelbe war von über 200 Personen besucht. Die Statistik redete zu deutlich, welche traurige Lohnverhältnisse hier noch existieren, daß hier nur mit einem Durchschnittslohn von M. 16 gerechnet werden kann. Kollege Becker wies dann nach, daß in der Provinz, wie z. B. in Celle, Peine, Hildesheim, Northeim, Alfeld usw., unter M. 8 pro Tag nicht gearbeitet werde, und da Göttingen in puncto der Lebensmittel und Miethepreise keiner Großstadt nachstehe, eine Erhöhung der Löhne eine Nothwendigkeit sei. Die Statistik bewies auch, daß die Kollegen durch Nebenverdienst ihrerseits, sowie ihrer Frauen darauf angewiesen seien, ihr Einkommen zu ergänzen. Es theilhaftigten sich an der Debatte mehrere Arbeitgeber, unter anderen auch der Obermeister Herr Fremdling, welche der Sache nicht ablehnend gegenüberstanden, indem sie nur ihre persönliche Ansicht zum Ausdruck brachten. Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche den Gesellenauschuss beauftragt, mit der Innung über die in der nächsten Verbandsversammlung zu formulierenden Forderungen in Verbindung zu treten. Eine weitere Resolution wurde einstimmig angenommen. „Die heute von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Tischlergewerbes für Göttingen stark besuchte Versammlung erklärt das Vorgehen des Herrn Kaiser, seine gesammten Gesellen, selbst solche, die 26 und 18 Jahre dort beschäftigt waren, zu entlassen, als aller Menschlichkeit sohn sprechend. Die Versammlung betrachtet die Entlassung als einen Vorstoß gegen den Verband und verpflichtet jeden Kollegen, dort nicht in Arbeit zu treten.“ — Die Versammlung hat einen guten Eindruck hinterlassen und war für unseren Verband von positiver Bedeutung, denn es stehen sich am Abend 26 Kollegen auf, so daß sich unsere Mitgliederzahl jetzt auf zirka 150 beläuft. Auch die verheiratheten Kollegen, für welche ja der Verband „keinen Nutzen“ hat,

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. April einen Lokalbeitrag in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben:

Table with 2 columns: Location and Contribution amount. Includes entries for Nixdorf (25 M pro Woche), München (15 M), Altona (10 M), Hamburg (10 M), Leipzig (10 M), Lübeck (10 M), Gufum (5 M), Nürnberg (5 M), Offenbach (5 M), Tübingen (5 M), Wilhelmshaven (5 M).

Demzufolge haben ab 1. April die Mitglieder in Nixdorf einen Wochenbeitrag von insgesammt 60 M, in München von 50 M, in Altona, Hamburg, Leipzig und Lübeck von 45 M, in Gufum, Nürnberg, Offenbach, Tübingen und Wilhelmshaven von 40 M zu entrichten.

Mit dem Inkrafttreten des erhöhten Wochenbeitrages am 1. April d. J. werden neue Beitragsmarken ausgegeben, worauf wir die Zahlstellenassistenten mit dem Ersuchen aufmerksam machen, etwaige Vorausbezahlung von Beiträgen vorerst nur bis Ende März entgegenzunehmen.

An die Verbandsmitglieder richten wir im Hinblick auf das Inkrafttreten des 35 M-Beitrages am 1. April das Ersuchen, ihre Beiträge bis Ende März rechtzeitig zu entrichten, damit die Zahlstellenassistenten die Quartalsabrechnung möglichst ohne Restbeiträge abschließen können und ihnen sowie allen Weitergesammelten die Führung der Kassengeschäfte beim Uebergang zu dem erhöhten Beitrag so viel wie möglich erleichtert wird.

Diesigen Zahlstellen, welche einen Lokalbeitrag erheben, wollen möglichst bis zum 17. März Mittheilung darüber an uns gelangen lassen, ob der jetzige Lokalbeitrag in gleicher Höhe nach dem 1. April weiter erhoben oder welche Aenderung darin eventuell eintreten soll. Diese Mittheilungen sind den Vorschritten auf Seite 7 Ziff. 23 des Beifolgens entsprechend abzufassen.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsblätter werden hiermit für ungültig erklärt:

- 824 Wilhelm Hinz, Klavierarbeiter, geb. 4. 5. 55 zu Königsberg. 9326 Paul Krüger, Tischler, geb. 17. 8. 71, zu Dahme. 10935 Nikolaus Hammer, Klavierarbeiter, geb. 27. 10. 43 zu Kopenhagen. 18155 Franz Dargott, Klavierarbeiter, geb. 25. 2. 76 zu Berlin. 14741 Franz Fink, Tischler, geb. 22. 10. 78 in Ungarn. 20872 Franz Fuchs, Parkettleger, geb. 1. 9. 60 zu Wurg in Schlez. 88756 Adolf Ehrbar, Instrumentenmacher, geb. 9. 3. 58 zu Mahlerthen. 40438 Johann Schröder, Holzarbeiter, geb. 13. 4. 80 zu Schalen. 95496 Hans Mallwitz, Tischler, geb. 10. 3. 82 zu Pasewalk. 104345 Robert Schneegast, Tischler, geb. 7. 4. 78 zu Reubingen. 121104 Adam Schwarz, Schreiner, geb. 20. 2. 71 zu Nieb. 125578 Bernhard Laerbusch, Tischler, geb. 30. 4. 82 zu Nordkirchen. 126555 Josef Kauf, Stodarbeiter, geb. 13. 9. 70 zu Mtevalde. 126876 Mag Marquard, Tischler, geb. 28. 4. 82 zu Konstanz. Stuttgart, den 7. März 1903.

Der Verbandsvorstand.

ersehen hieraus, wenn man auch 28 Jahre sich im Interesse des Selbstschutzes abgedrückt hat und dann auf's Wasser geworfen wird, wenn man vermöge der gewerkschaftlichen Organisation mal an die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage denkt, daß ihnen durch dieselbe ein Rückhalt geboten wird. Kollegen, möge nun aber die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle eine stabile bleiben und nicht nur in der Zeit, wenn man greifbare Vorteile von der Organisation erwartet. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 14. März, statt, in welcher die Forderungen, welche wir den Arbeitgebern stellen wollen, formuliert werden, und da ist es notwendig, daß alle Mann zur Stelle sind und auch die Jubilanten noch aufgestellt werden, dann werden wir ohne Kampf unsere gerechten Forderungen zum Durchbruch bringen.

Grünstadt. Die Zahlstelle Grünstadt steht sich veranlaßt, auch einmal an die Desinfektion zu treten, um den Kollegen zu zeigen, wie es in Grünstadt ausfällt. Hier am Ort besteht eine Möbelfabrik welche dadurch berühmt ist, daß sie, seit ihrem kaum zweijährigen Bestehen, den neunten Werkführer hat, und alle Augenblicke einen neuen Lohnstarif einführen will. Am 9. Februar dieses Jahres kam die Firma auch wieder mit einem Tarif heraus, der sich gewaschen hatte. Es wurden Abzüge vorgenommen von 9 bis 48 pZt. Zum Beispiel für Rückenstühle früherer Preis M. 8.30 nach dem neuen Tarif bloß M. 8.50. Am selben Abend wurde eine Werkstatt-Versammlung einberufen in welcher der Hauptvorsteher Wurst aus Mannheim anwesend war. Hier wurde beschlossen, daß alle Kollegen die Arbeit niederlegen, wenn der Tarif nicht zurückgenommen wird. Kollege Wurst wurde von der Firma ersucht, die Werkstatt zu verlassen und durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Am 10. Februar wurde die Kommission vorstellig (welche in der Versammlung gewählt wurde). Bei der Verhandlung wurde der neue Tarif wieder zurückgezogen, bis verschiedene Änderungen an den Maschinen verbessert werden sollten. Diese Änderungen scheinen nun darin zu bestehen, daß ein Kollege, der frühere Vorsteher der hiesigen Zahlstelle, als Werkmeister angestellt wurde und derselbe schon nach Verlauf der ersten Woche zwei verheiratete Verbandsmitglieder auf das Straßenpflaster geworfen hat. Derselbe Kollege hat beim Antritt seines Werkmeisterpostens gleich einen Paragraphen der Fabrikordnung dahin umgeändert, daß keine Kündigung mehr stattfinden soll, um die unbehaglichen Kollegen nach Belieben zu entlassen. Die Kollegen werden daraus ersehen, daß die hiesigen Verhältnisse keine rosigen sind und werden gebeten, den Zuzug soviel wie möglich fernzuhalten.

Vindau i. Vodenfee. Seit drei Wochen ist hier eine Bewegung behufs Abschaffung von Kost und Logis, und Einführung der zehntündigen Arbeitszeit im Gange. In der gestrigen Mitgliederversammlung stand auf der Tagesordnung: „Haben wir durch unsere Forderungen etwas erreicht?“ Die Kollegen, der in Betracht kommenden Firmen erstatteten Bericht. Danach sind die Forderungen bei den meisten Geschäften durchgeföhrt. Nur drei Firmen sind es, wo der Erfolg nur ein theilweiser war. In der Diskussion wurde erörtert, daß durch die Fernhaltung des Zuzuges sich unser Stand um einiges verbessert habe, insofern, als organisierte Kollegen Vindau meiden, und Indifferente durch katholische Gesellenvereine z. herbeigeholt werden. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Fernhaltung des Zuzuges aufzugeben. Das soll nun nicht heißen, die Kollegen sollen Vindau überflutet werden, denn so glänzend sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse hier nicht; doch wäre es uns lieb, wenn ab und zu gutorganisierte Kollegen nach hier kämen. Wir machen es aber einem jeden zureisenden Kollegen zur Pflicht, sich erst beim Kollegenunterstützungsausschuss in der Herberge zur Heimath, Paradiesplatz, zu erkundigen, bevor er Umschau geht. Ein Jeder soll sich auch befragen über die Stelle, die er beim nächsten Arbeitsamt bekommt. Weiter schritt die Versammlung noch zur Wahl eines Bevollmächtigten, da der bisherige Bevollmächtigte gezwungen war, Vindau zu verlassen. Als Bevollmächtigter wurde gewählt: Ludwig Eggenberger, Vindau i. W. Magimilankstr. D 38.

Neuhäusen. Wie mit den Kollegen von Neuhäusen und Umgegend umgegangen wird, lehrt folgender Fall. Bei der Firma Arthur Müller, Stuhlfabrik, wurde ohne jeden Grund zwei Kollegen die Arbeit gekündigt, trotzdem genügend Arbeit vorhanden ist. Beide Kollegen halten die Organisation in genannter Fabrik zusammengehalten. Herr Müller glaubt nun, wenn diese fort sind, mit den Andern nach Belieben verfahren zu können. Er hat für die beiden Kollegen hat Herr Müller schon angenommen, natürlich unorganisierte Kollegen. Die anderen Kollegen erklärten sich mit den beiden Gemäßigten solidarisch, da diese jedoch darauf verzichteten, haben sie die Arbeit fortgesetzt. Der Zuzug nach Neuhäusen ist fortwährend von Polierern, Stuhlbauern und Drechslern ein großer. Wir eruchen die Kollegen, den Zuzug nach Neuhäusen zu meiden. Da wir jedoch zu wenig von den Kollegen der hiesigen Stuhl- fabriken unterrichtet werden, eruchen wir Euch, die Zahlabende besser zu besuchen, damit über jene Uebelstände berathen werden kann.

Uerdingen. In der hiesigen Waggonfabrik haben sich recht erhebliche Mißstände eingeschlichen, die schon des Ofteren Gegenstand der Kritik unter der Kollegenschaft gewesen sind. Auch eine von den Arbeitern der Fabrik jüngst abgehaltene Fabrikversammlung befaßte sich mit diesen Verhältnissen. Wir entnehmen darüber der „Niederrhein. Volkstribüne“ Folgendes: Nicht nur die schlechten Akkordlöhne, sondern auch das Kolonnenystem, sowie die Behandlung seitens der Direktion, kamen dort zur Sprache. Betreffs der Löhne wurde vorgebracht, daß bei der früheren zehntündigen Arbeitszeit Löhne von 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu den Seltenheiten gehörten, dagegen gab es solche von 35 und 30 $\frac{1}{2}$; ein Kolonnenführer hatte das Glück, sechs Wochen hintereinander ganze 23 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu verdienen. Es wurde nachgewiesen, daß gerade das Kolonnenystem zu den schlechten Akkordlöhnen führte. Die Akkordlöhne werden von der Direktion in Verbindung mit den Meistern festgesetzt, und falls der Kolonnenführer die Arbeiter zu den Preisen nicht ausführen will, wird demselben mit Entlassung gedroht. Es muß betont werden, daß die Mieths- und Lebensverhältnisse in Uerdingen so theuere sind, wie in jeder Großstadt. Wenn wir noch mittheilen, daß sich seit längerer Zeit durch Arbeitsmangel nur täglich $7\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet wird, so wird man ermessen, welche Lebensweise die dortigen Arbeiter zu führen gezwungen sind. Die „humane“ Behandlung seitens des Direktors besteht darin, daß er den Arbeitern beleidigende Ausweisungen in das Gesicht schleudert, z. B. „Maulaffe“ oder „Kolladen“, dabei noch bemerkend: „Schmeißen Sie doch die Kerls hinaus, oder

S können Sie keine anderen Arbeiter bekommen.“ Von den in Frage kommenden Verbänden waren seitens der Metallarbeiter der Kollege Gemoll aus Essen, von den Holzarbeitern der Kollege Clement aus Krefeld anwesend. Beide übten scharfe Kritik an den Zuständen in der Fabrik, und wiesen in ihren Ausführungen treffend nach, daß hier nur eine starke Organisation Abhilfe schaffen könne, dabei die Anwesenden auffordernd, sich ihren Berufsorganisationen anzuschließen, damit in aller nächster Zeit Schritte gethan werden können, die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Uerdinger Waggonfabrik gründlich zu regeln. Eine Resolution, welche seitens des Vertreters der Holzarbeiter eingebracht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige Fabrikbesprechung der Arbeiter der Uerdinger Waggonfabrik erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie versucht zunächst die Arbeiterschaft zu organisieren, um in nächster Zeit die Verhältnisse in der Fabrik, besonders auch des Kolonnenystems, zu regeln, sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen zu regulieren.“

Diese Resolution wurde von den anwesenden etwa 100 Arbeitern (Gesamtarbeiterzahl 250) einstimmig angenommen. Aus Vorstehendem wird die Arbeiterschaft ersehen, daß es notwendig ist, das Elorado der Uerdinger Waggonfabrik zu meiden, bis andere Zustände dort geschaffen sind. Wie uns übrigens mitgeteilt wird, hat sich die Geschäftslage in genannter Fabrik weiter sehr verschlechtert. Die Arbeiter sind auf das Comptoir gerufen worden, wo ihnen erklärt wurde, daß ihnen nicht gekündigt werde, wohl aber müßten sie 4 bis 6 Wochen feiern, und wer deshalb freiwillig gehen wolle, möge gehen.

Die Kollegen werden daraus ersehen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, jedes Arbeitsangebot an die Uerdinger Waggonfabrik zu unterlassen.

Wittau. Auf Anregung unserer Zahlstelle fand am Sonntag, den 1. März, im „Schützenhaus“ zu Gainsdorf eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Die zahlreich erschienenen Kollegen folgten mit großer Aufmerksamkeit und Interesse den treffenden Ausführungen des Kollegen Thielemann aus Chemnitz, welcher in einfüßiger Rede das Thema „Arbeiterwohl und Unternehmertum“ behandelte. Hierauf folgte eine lange, andauernde, lebhaft diskutierte, in welcher auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen industriellen Betrieben, besonders bei der Firma Koppermann, einer Kritik unterzogen wurden. Getadelt wurde besonders bei dieser Firma die übermäßig lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit bei elender Entlohnung. Die vorgebrachten Beschwerden wurden zwar von den anwesenden Angehörigen der Firma zu bemängeln versucht, doch das war ja von diesen Leuten nicht anders zu erwarten. Desto trauriger aber war es, daß selbst Arbeiter die Bestrebungen des Holzarbeiterverbandes bekämpften und sich als Verfechter von Unternehmerinteressen aufspielten. Dennoch konnte man merken, daß ein frischer Zug unter die hiesigen Holzarbeiter gekommen ist. Eine ganze Reihe Kollegen hat sich neuerdings dem Deutschen Holzarbeiterverbande angeschlossen, und mein uns auch noch Viele feindlich oder gleichgültig gegenüberstehen, so sieht man doch, es geht vorwärts!

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen in der Stuhlfabrik von Römer & Lange in Altmittweida sind auf Intervention des Hauptvorstehers Aug. Thielemann wieder beigelegt worden. Die 20 prozentige Lohnreduktion wurde um 15 pZt. ermäßigt, so daß nur noch ein Abzug von 5 pZt. vorgenommen wurde, mit dem sich die Kollegen nach Lage der Sache einverstanden erklärten.

In der Holzbearbeitungsfabrik und Dampf- drechslerei von O. Salge in Grabow bei Stettin, wo ja die Kollegen seit dem 8. Februar wegen erheblicher Lohnabzüge und schlechter Behandlung sich im Auslande befinden, war es zu einer Einigung zwischen unseren Kollegen und der Firma gekommen, worauf 14 Kollegen die Arbeit wieder aufnahmen, während die anderen in 8-14 Tagen wieder eingestellt werden sollten. Herr Salge kam aber seinen Verpflichtungen nicht nach, weder entließ er, wie verabredet, die Streikbrecher, noch stellte er die arbeitslosen Kollegen wieder ein, noch hielt er die Lohnverpflichtungen ein. Es ist darauf begrifflichweise erneut zu Konflikten gekommen. Die Kollegen Deutschlands werden deshalb erneut gebeten, die um ihre Existenz ringenden Grabower Kollegen durch strengste Fernhaltung des Zuzuges zu unterstützen.

Bei Rohland & Pohlend in Grimmitzschau befinden sich die Kollegen, wie bereits berichtet, im Streik. Auch hier wurde seitens der Firma fortgesetzt mit Lohnreduktionen vorgegangen. Erst im November wurden 8 pZt. abgezogen, jetzt schon wieder eine Reduktion vorgenommen, die einen Lohnausfall von 7 bis 25 pZt. herbeiführen würde. In Frage kommen die Zusammenleger und Drechslere, die sich natürlich gegen die Reduktion energisch wehren, worauf zwei Kollegen entlassen wurden. Als der Hauptvorsteher dieserhalb vorstellig wurde und namentlich auf die geringen Verdienste aufmerksam machte, bezeichnete Herr Pohlend das als eine Gemeinheit, er erging sich überhaupt in Ausdrücken, die wir zu veröffentlichen uns scheuen müssen. Unter Anderem erklärte er auch, auf die Forderung, die Arbeiter für die auswärtswohnenden Arbeiter zur Einnahme ihres Mittagbrotes offen zu halten, das thue er nicht, denn es seien ihm auf diese Weise schon Kassen weggegangen. Ob der Herr das beweisen kann? Die Unterhandlung hatte keinen Erfolg, ebensowenig eine weitere Unterredung des Hauptvorstehers mit Herrn Pohlend. Als eine Kommission bei ihm vorstellig wurde, empfahl er eine Theilung der beiderseitigen Lohn Differenzen. Darauf konnten unsere Kollegen nicht eingehen, und als Pohlend darauf keinerlei Entgegenkommen zeigte, legten von 32 in Betracht kommenden Kollegen 29 die Arbeit nieder. Unsere Kollegen hoffen, in der Lage zu sein, mit den vielen Mißständen im Rohland & Pohlend'schen Betrieb einmal gründlich aufzuräumen zu können, und sie glauben, dabei auf die weitgehende Unterstützung der auswärtigen Kollegen rechnen zu können. Also halter den Zuzug fern, damit unsere so ungünstig gestellten Grimmitzschauer in ihrem schweren Kampf Sieger bleiben und den fortgesetzten

Arbeitsverschlechterungen im Betrieb von Rohland & Pohlend endlich einmal ein Ziel gesetzt wird.

Bei der Firma Wunderlich in Lübbenau haben bekanntlich die Kollegen wegen fortgesetzter Lohnreduktion und Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Das Lübbenauer Wochenblatt brachte darauf anderen Tages folgendes

Eingefandt.
Das organisierte Personal der G. Wunderlich'schen Fabrik hier selbst ist, wie allgemein bekannt, in eine Lohnbewegung getreten, welche eventuell einen Ausstand im Geolge haben kann. Da nun viele Nichtorganisierte nicht wissen, wie sie sich zu der Angelegenheit stellen sollen, so möge denselben Folgendes zur Aufklärung dienen: Von einem sogenannten Streikbruch, d. h. Fortsetzung der Arbeit, kann nur bei einem, der sozialistischen Arbeiterorganisation angehörigen Arbeiter die Rede sein. Ein nichtorganisierter Arbeiter kann daher nie als „Streikbrecher“ angesehen werden. Da er sich nicht zum Verbandsmitglied bekennt, ist er auch moralisch nicht verpflichtet, mit in den Streik einzutreten, er muß vielmehr auch fürderhin Farbe bekennen. — Auch sei hiermit auf die hohen gerichtlichen Strafen hingewiesen, mit welchen schon die geringste Verschlingung Arbeitswilliger geahndet wird.
Einer von Vielen.

Unsere Kollegen erwiderten darauf im genannten Blatte recht treffend Folgendes:

Auf das letzte Eingefandt, „Einer von Vielen“ ist zu erwidern, daß die Arbeiter der Wunderlich'schen Fabrik nicht aus Uebermuth die Arbeit niedergelegt haben, sondern durch fortgesetzte Abzüge und Maßregelungen langjährig beschäftigter verheirateter Arbeiter, der Nothwehr gehorchend, den Betrieb verlassen haben. Die Bürgerchaft Lübbenau weiß wohl, daß die Arbeiter, besonders die Holzarbeiter, hier am Orte sich immer anständig betragen und die Achtung der Mitbürger erworben haben. Demzufolge erübrigt es sich, daß der Einlenber mit dem Strafrichter droht. Hat der Einlenber vielleicht ein böses Gewissen, daß er des Streikbruchs bezichtigt wird? Wir zweifeln nicht daran. Auch die Streikenden sind genau mit der Gesetzgebung unterrichtet. Sie wissen sehr wohl, wie sie sich gegen einen sogenannten „Arbeitswilligen“ zu benehmen haben. Wir werden der Lübbenauer Bürgerchaft Gelegenheit geben, sei es in einer öffentlichen Versammlung oder in einem Flugblatt, sich Ausklärung über die Lohnbewegung zu verschaffen.
Einer für Alle.

In der Lage der Streikenden hat sich nichts verändert. In Frage kommen Tischler, Drechslere, Polierere, Wildhauer und Maschinenarbeiter, und zwar 52 Kollegen, von denen 3 abgereist sind. 2 Hirsch-Dunder'sche sind als „Arbeitswillige“ stehen geblieben. Am Freitag fand eine Versammlung der Streikenden statt, diesen Freitag wird sich eine öffentliche Versammlung mit dem Streik befaßen.

In der Wilschlopp Deutsche Gras Twine Gesellschaft m. b. H. in Berlin befinden sich, wie schon berichtet, die Kollegen im Ausstand. Anlaß dazu gab die Einführung von Akkordarbeit und zwar zu Preisen, die als geradezu unerhöht niedrig bezeichnet werden müssen. Die Kollegen könnten mit solchen Preisen höchstens M. 12-15 verdienen, während ihr Verdienst bisher M. 21-27 betrug. Die Kollegen haben es vorgezogen, die Arbeit zu verlassen und erwarten, daß sie darin von allen Kollegen Deutschlands unterstützt werden. Zuzug von allen Kolonnen nach Berlin ist zu unterlassen.

In Pannberg scheinen es die Schreinermeister auf einen Konflikt mit ihren Gesellen abgesehen zu haben. In einer ganzen Anzahl Geschäfte tracht es nämlich. Bei Müller sollten die Löhne reduziert werden, doch ist auf die Aufkündigung der Sperre in letzter Nummer etwas Ruhe eingetreten. Und in der Pianofortefabrik Neupert tracht es ebenfalls; drei Kollegen wurden bereits gemahregelt, weil sie an einer Werkstattversammlung theilgenommen haben. Zuzug ist ebenfalls zu meiden.

Bei der Firma Heintze & Co. in Freiburg (Schl.) sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen erhielten Arbeitszettel, wonach 10% weniger als bisher gezahlt werden. Verhandlungen wurden rundweg abgelehnt. Die Kollegen werden dringend ersucht, das Zukragen bei H. & Co. zu unterlassen.

Aus den Verufen der Holzbraunde.

In eigener Sache. Gegen unseren Kollegen H. H. H. hatte bekanntlich der Obermeister der Berliner Tischlerinnung und Macher des Holzindustriellenverbandes, Kahardt, Privatklage erhoben, weil er in der wiederholten Kennzeichnung seines Verhaltens durch die „Holzarbeiter-Zeitung“, als Scharfmacher und dergleichen, glaubte, eine Verleumdung erblicken zu müssen. In der Sache fand am 5. März vor dem Schöffengericht zu Berlin Termin statt. Von unserem Vertreter, Rechtsanwält Wolfgang Heine, wurde ein umfangreicher Beweis angeboten darüber, daß die Tätigkeit Kahardt's sich thatsächlich darin erschöpft, in den von ihm geleiteten Arbeitgeberorganisationen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen scharf zu machen und anderen Scharfmacherorganisationen in dieser Hinsicht Handlangerdienste zu leisten. Das Gericht lehnte, nach längeren Erörterungen über die Zulässigkeit einer solchen Beweishebung, die Vernehmung der von uns angebotenen Zeugen ab, indem es uns ohne Weiteres zubilligte, daß wir in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, und daß es sich in dem ganzen Klagefall nur um eine formelle Verleumdung handeln könnte. Nach mehrstündigen Plädoyers der Rechtsanwält Höfinghoff für Herrn Kahardt und Wolfgang Heine für unseren Kollegen H. H. H., in denen namentlich von unserem Vertreter das ganze Verhalten des Herrn Kahardt in den letzten Konflikten der Holzindustrie gebührend gekennzeichnet wurde, erkannte das Gericht wie folgt: Wegen der auf Kahardt gemünzten Ausdrücke: „großmannsüchtiger Obermader“ und „Hausrecht der Unternehmerverbände“ wird Kollege H. H. H. als Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu einer Geldstrafe von M. 50 verurtheilt. Das Gericht erklärte, in der Frage, ob der Privatkläger (Kahardt) den

Interessen der Großunternehmer oder der Handwerker diene, kein Urteil fällen zu können; es ist selbstverständlich, daß Kläger und Beklagter über diese Frage verschiedener Ansicht sein würden, und daß man über diese Frage auch verschiedene Ansichten haben könnte.

Nun wird ja Mahardt zufrieden sein; seine durch unsere Äußerungen etwas ramponierte Ehre ist ja durch dieses richterliche Urteil wieder heil gemacht worden. Ueber das Verhalten Mahardt's in der ganzen Tischlerinnungs- und Scharfmacherbewegung haben wir nun allerdings nach wie vor so unsere eigenen Ansichten.

In der Beitragserhöhung wurde in den Zahlstellen Hamburg, Altona, Wandsbek und Blankenese Stellung genommen. In der Hamburger Versammlung wurde mit 599 gegen 259 Stimmen beschloffen, den bisherigen Extrabeitrag von wöchentlich 10 M auch weiter beizubehalten, so daß der Beitrag nach dem 1. April 45 M betragen soll; in Altona wurde derselbe Beschluß mit 148 gegen 97 Stimmen gefaßt, in Blankenese mit 15 gegen 14 Stimmen. Nur in Wandsbek lehnte die Versammlung den Extrabeitrag mit 31 gegen 18 Stimmen ab. Für diesen Extrabeitrag sollen vom 1. Juli d. J. ab pro Tag M. 1 Arbeitslosenunterstützung und M. 2 bis 4 pro Woche Zuschlag zur Streikunterstützung gezahlt werden.

Sieht man von Wandsbek und Blankenese ab, so zeigt das Ergebnis dieser Abstimmungen ein wachsendes Interesse an höheren Beiträgen; denn im vorigen Sommer, als zum ersten Male in den genannten vier Städten über den Zehn-Pfennig-Extrabeitrag abgestimmt wurde, betrug die Mehrheit für denselben in Hamburg nur 41, in Altona gar nur zwei Stimmen, jetzt belaufen sich die Mehrheiten demgegenüber auf 340 bzw. 51 Stimmen. Die Kollegen sehen eben immer mehr ein, daß höhere Beiträge die Leistungsfähigkeit der Organisation um ein Bedeutendes steigern.

Die in Berlin lokalistisch organisierten Tischler versuchen es jetzt, anlässlich der Beitrags- und Unterstützungsveränderungen, die mit dem 1. April d. J. im Holzarbeiterverband vorgenommen werden, für ihre Sache im Trüben zu fischen. Sie haben unter anderem in Hamburger Kollegenkreisen ein Flugblatt zu verbreiten gewußt, in dem gegen den Holzarbeiterverband gehetzt und zum Abfall von demselben Stimmung zu machen versucht wird. Auf diese Weise versuchen die Kesslerianer, die sich bisher noch immer als ein Krebsgeschaden an der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt haben, ihren zersetzenden Einfluß auf die Gewerkschaftsorganisationen zu vermehren. Für eine solche Vethätigung, die nur im Interesse des Scharfmacherthums liegt, haben die aufgeklärten Arbeiter nur Verachtung übrig. Wir hoffen denn, daß alle unsere Kollegen diesem Treiben der Lokalisten entschieden entgegen treten. Auf das Flugblatt kommen wir noch zurück.

Die Erfolge des Herrn Knießstädt. Wenn man der Kessler'schen „Einigkeit“ glauben will, so hat Herr Knießstädt mit seinem neuen Würstenmacherverband Erfolg über Erfolg. In jeder Nummer dieser Zeitung kann man lesen, daß der Würstenmacher-Heiland, als der er ja gelten will, in drei, vier Orten war, wo er mit seinem Vortrage — er hat nur einen, dafür ist er aber zwei Stunden lang — den stürmischen Beifall der Würstenmacher entseffelte. Diesen Beifall nach zu schließen, mußte der Knießstädt'sche Würstenmacherverband Tausende von Mitgliedern zählen, denn unter 10, 15, 20 und noch mehr Aufnahmen thut es der Knießstädt nun einmal nicht. Thatsächlich schaut die Sache aber für Herrn Knießstädt recht wenig erfolgversprechend aus und es dürfte sich gerade bei seinem Verbandsbesitzigen, daß der Spruch: „Wie gewonnen, so zerronnen“, eine gewisse Berechtigung hat. Wir haben bereits von einer ganzen Reihe Orten Mittheilungen erhalten, die dieses Fiasko des Herrn Knießstädt bekräftigen; vor acht Tagen konnten wir uns hier in Hamburg selbst davon überzeugen, wie faul es um seine Lehre steht. Seinerzeit hatte er in Hamburg eine öffentliche Würstenmacher-versammlung einberufen, zu der selbstverständlich auch die im Holzarbeiterverband organisierten Würstenmacherkollegen erschienen waren. Sie befanden sich gegen die Knießstädt'sche Sache in der Mehrheit und bestanden selbstverständlich auf einer freien Diskussion und freier Wahl der Versammlungsleitung. Knießstädt mochte einsehen, daß seine Lehre vor solchen Grundfragen doch wohl nicht Stand halten würde, er ließ die Versammlung deshalb garnicht stattfinden, er machte sich dünne. In der Folge wurden zu den Versammlungen nur solche Kollegen eingeladen, die man der Knießstädt'schen Nachfolge für würdig hielt, aber es wollte nicht so recht vorwärts gehen. Die an der Leitung stehenden Personen mochten auch nicht gerade geeignet sein, für den neuen Würstenmacherverband einzunehmen, kurz und gut, der neue Verband drohte, in Hamburg ganz und gar zu versanden. Herr Knießstädt eilte herbei, um dem schwindstüchtigen Rabaver neues Leben einzubringen. Es wurde eine Würstenmacher-versammlung einberufen, alle unverdächtigen Würstenmacher wurden per Postkarte dazu eingeladen; den Tischlern war der Zutritt verboten. Und siehe da, allen Mühen zum Troß waren ganze 5 Mann erschienen, mit Herrn Knießstädt sogar 6 Mann, und diese Zahl wäre nicht voll geworden, wären nicht zwei besonders treue Anhänger der neuen Sache aus Bergedorf herbeigeekilt. Vor einem solchen Auditorium, das an einem Tisch reichlich Platz hatte, konnte Herr Knießstädt natürlich seinen zweistündigen Vortrag nicht vom Stapel lassen. Und da die im Gastzimmer vertheilten 12 bis 15 im Holzarbeiterverband organisierten Kollegen es trotz der lebenswichtigen Einladung der Knießstädt'schen ablehnten, die Versammlung zu füllen, so mußte der Würstenmacher-Messias zum zweiten Male mit seiner ungehaltenen Rede abschieben. Seine 5 Anhänger, die er trotz der vielen Aufnahmen in Hamburg noch hat, sind denn auch von der Erfolglosigkeit der Knießstädt'schen überzeugt. Regel, der Vorkühende, hat deshalb Knießstädt auch den Rath gegeben, er solle nur Verbandsblätter und das ganze Material gleich mitnehmen, denn aus dem Verband werde doch nichts in Hamburg. Knießstädt hofft aber immer noch auf eine bessere Zukunft. Hoffnung läßt ja nicht zu Schanden werden! Er hat den Hamburgern gesagt, sie möchten das Material nur behalten, vielleicht (!)

würde sein Verband doch noch wachsen und groß werden. Derweilen sollen Einige von seinen hannoverschen Anhängern in Hamburg Arbeit nehmen, um den Hamburgern Mores zu lehren. Ob es was nützt? Uns dünkt, daß die Mühe vergeblich sein wird, wie die viele Mühe, die sich Knießstädt mit seinen zweistündigen Vorträgen giebt, vergebliche Mühe ist. Die verständigen Würstenmacherkollegen haben nun einmal erkannt, daß der Deutsche Holzarbeiterverband für die Würstenmacher die beste Organisation ist, und sie lassen sich in dieser ihrer Ueberzeugung durch die Schaumschlägereien eines Knießstädt nicht irre machen. Und die unverständigen Kollegen wird Knießstädt erst recht nicht an sich fesseln können, trotz seiner großen Worte; denn Worte thun es nun einmal nicht, auch bei der indifferenten Masse nicht, nur allein Thaten können legitimiren. Und da hapert es ja bei Herrn Knießstädt wie bei den ganzen „Einigkeit's“leuten ganz gewaltig.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen macht auch wieder einmal von sich reden. Seit er unter Führung des Herrn Mahardt steht, dessen Grundfalsch es ja ist: „Klappern gehört zum Handwerk“, ist das ja öfter der Fall. Am 23. Februar fand in Berlin eine Sitzung des Vorstandes und der „Führer der Unterverbände“ statt, an der theilnahmen: Zimmermann-Berlin, Rings- und Johbe-Röln, Brinkmann-Bremen, Raub-Mainz, Beter-Sintgart, Bergmann-Görlitz, Kiez-Kassel, Hüttemann-Bielefeld, Siebers und Dr. Stolle-Leipzig, Frank-Dresden, Jacobs, Kann- und Schette-Eberfeld, Friedrich, Plathen, Trost, Mitsch, Mahardt- und Viehler-Berlin — alles ja Männer von gutem Scharfmachergeist — während Barrien, Düsseldorf Krefeld und Mannheim sich durch die Berliner Vorstandsmitglieder vertreten ließen. Es wurde, wie die gesammte bürgerliche Presse berichtet, ein vollkommenes Einverständnis über die gegenseitige Unterstützung bei Umständen und Sperrern erzielt. Es wurde ferner beschloffen, beim Reichsanwalt die Abänderung des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung, der gewisse Koalitionsabhandlungen unter Strafe stellt, zu beantragen und damit zu begründen, daß der Paragraph völlig ungenügenden Schutz gegen die Uebergriffe und den Terrorismus Ausständiger bietet. Besonders das brutale Vorgehen von sogenannten Streikposten und das Verhängen von Sperrern über einzelne Betriebe müßte, da diese dadurch ruiniert würden, unter Strafe gestellt werden. — Die Kommission einigte sich darüber, daß bei ungerathenen Umständen die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung der von einem Ausstande oder einer Sperre betroffenen Meister z. eintreten müsse. Die Selbsthilfe soll aber bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit ausgetübt werden. Von allen Unterverbänden aus soll eine planmäßige Agitation in den benachbarten Bezirken in's Leben gerufen werden.

Da sieht man, daß das Unternehmertum, gerade in der Holzindustrie, trotz des Begräbnisses erster Klasse, das dem famosen Zuchthausgegentwurf im Reichstag bereitet wurde, immer noch nicht die Hoffnung auf eine Erdrosselung des Koalitionsrechts auf gefeglichem Wege aufgibt. Nach allen diesen und den früheren Kundgebungen des Arbeitgeberverbands sehen die Kollegen klar genug, um den direkt arbeitereindlichen Charakter dieser Körperchaft zu erkennen.

Nach dieser Kundgebung unterliegt es keinem Zweifel, daß der Arbeitgeberverband nach dem Erlaß des preußischen Handelsministers Möller (siehe unter Rundschau) eine ungelegliche Körperchaft ist, da er sich fast ausschließlich auf die ungelegliche Mitgliedschaft der Zunungen stützt.

Die Postler — eine rentige Bande. Herr Bernh. Krebs, Stuhl- und Möbelfabrikant in Wilkau hat eine recht schlechte Meinung von den Postlern. Ein Kollege, welcher per Karte um Arbeit anfragte, erhielt darauf von K. per Postkarte folgende Antwort:

Herrn K. M., Döbeln.
Ich bin gerne bereit, Ihnen Arbeit zu verschaffen, wenn Sie ein solider Mensch sein.
Wie Sie selbst wissen giebt es unter Postlern rentige Bande und ist es oft sehr gefährlich wenn man da ein solches Subjekt erwischt. Wenn Sie nicht sofort kommen, dann kommen Sie etwas später.
Hochachtungsvoll
Bernhard Krebs.

Der Postkartenempfänger hat es leider unterlassen, dem Herrn Krebs darauf Folgendes zu erwidern:

Herrn Bernh. Krebs, Wilkau.
Ich kann bei Ihnen nur unter der Bedingung arbeiten, daß Sie ein anständiger Arbeitgeber sind. Denn wie Sie selbst wissen, giebt es unter den Stuhl- und Möbelfabrikanten eine ruppige Sorte von Ausbeutern, deren einziges Bestreben nur das ist, den Arbeiter bis auf die Knochen auszupevern, und ist es da für einen Arbeiter sehr gefährlich, wenn er bei solch' einem Bruder arbeiten soll. Sie werden es da begreiflich finden, wenn ich Sie bitte, mir erst einmal mitzutheilen, was Sie für Lohn zahlen.
Hochachtungsvoll
M. N.

Es ist dies derselbe Herr Krebs, der vor ein paar Jahren für seine Arbeiter ein fettes Schwein schlachten wollte, wenn sie sich einen Lohnabzug gefallen ließen.

Die Wagenbauanstalt und Waggonfabrik vorm. Busch, Akt.-Ges. in Hamburg, die ja erst vor 2 Jahren hat einer Sanirung unterzogen werden müssen, hat im Jahre 1902 wiederum mit Verlust gearbeitet. Allerdings wurde ein Fabrikationsgewinn von M. 212 273 (gegen M. 73 527 im Jahre 1901) erzielt, doch ergab sich nach Deckung aller Unkosten und von M. 119 287 Abschreibungen ein Verlust von M. 202 409. Der aus den durch die Zusammenlegung der Aktien und die sonstigen Sanirungsmaßnahmen erzielten Geldern gedeckt werden mußte solche Betriebsergebnisse erregen keineswegs unsere Verwunderung. Uns scheint, als wenn die Leitung dieses Unternehmens Vieles zu wünschen übrig lasse. Wenigstens muß man zu dieser Schlussfolgerung kommen, berücksichtigt man die vor der Wagenstrafkammer seinerzeit zugegeblich gemachten Angaben über die Geschäftspraktiken im Wagenbetrieb und zieht man weiter die recht eigenhümlichen Experimente in Betracht, die erst kürzlich im Hamburger Betrieb in der Lohnfrage mit den Arbeitern gemacht worden sind.

Gewerkschaftliches.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats ist nunmehr auch in Dresden in den Bereich der Erörterung getreten. Eine Sattlerversammlung hat beschloffen, eine Erörterung dieser Frage im Gewerkschaftskartell zu beantragen. Die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu diesem Beschluß: „Nach unserer Meinung ist die Errichtung eines Arbeitersekretariats für Dresden mit seiner lebhaften gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung geradezu eine Nothwendigkeit geworden. Es ist viele Jahre her, daß die Frage einmal beläufig und nur oberflächlich diskutiert wurde. Damals war sie vielleicht noch nicht so brennend, heute ist die Situation in mehr als einer Hinsicht eine andere geworden und das Bedürfnis kann jetzt kaum noch bestritten werden.“

Einige Mitgliederzahlen aus deutschen Gewerkschaften. Aus den weiter veröffentlichten Gewerkschafts-abrechnungen vom vierten Quartal 1902 theilen wir noch folgende Mitgliederzahlen mit: Der Zimmererverband schloß mit 22 811 Mitgliedern ab (gegen 24 151 im Mittel des Jahres 1901), der Schuhmacherverband mit 23 419 Mitgliedern, darunter 2637 weiblichen (gegen 19 585 resp. 1778 im Jahre 1901); der Fleischerverband mit 1395 Mitgliedern (1464); der Bureauangestelltenverband mit 386 Mitgliedern (322).

Von diesen vier Gewerkschaften hat der Schuhmacherverband eine allerdings bedeutende Zunahme zu verzeichnen — um 3834 Mitglieder —, der Bureauangestelltenverband hat um 64 Mitglieder zugenommen; die übrigen Verbände haben abgenommen, die Zimmerer um 1340, die Fleischer um 69 Mitglieder. Insgesamt berechnet, ist auch hier ein ganz ansehnliches Mehr an Mitgliedern zu bezeichnen.

Der Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Oesterreichs für das Jahr 1902 konstatiert, daß die Thätigkeit der Kommission im Berichtsjahre eine sehr rege gewesen ist. Das Organ „Die Gewerkschaft“ wurde in 64 000 Exemplaren in deutscher und 2400 Exemplaren in tschechischer Sprache an die Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen gratis abgegeben. Die Gesamtsumme der Einnahmen betrug Kr. 31 430,19, wovon aus Monatsbeiträgen 2 3 Heller sich allein Kr. 30 961,69 ergaben. Im Durchschnitt wurden monatlich für 86 004 Mitglieder Beiträge entrichtet. Die Gesamtausgaben betragen Kr. 35 007,04. Der Abgang wurde dem Reservefonds entnommen. — An Streikunterstützung hat die Gewerkschaftskommission im Berichtsjahre geleistet. Kr. 1000 für den Streik in Triest, Kr. 600 für den Schuhmacherstreik in Pola, Kr. 300 für die streikenden Perlmutterweber.

Briefkasten.

Bamberg, B. Beachte bitte, welche Bedingungen für Aufrechterhaltung der Sperre festgesetzt sind.

Breslau, B. Den Gaubericht, der zwei Seiten Raum einnehmen würde, können wir unmöglich ohne erhebliche Streichungen zum Abdruck bringen. Wohin sollte denn das führen, wenn Halbjahrsberichte von solchem Umfang veröffentlicht werden sollten? Wir würden dann ja allein 800 Seiten unserer Zeitung im Jahre für Gauberichte freihalten müssen, während der Redaktion im Ganzen pro Jahr nur 390 Textseiten zur Verfügung stehen. Und dann ist die Zeitung aber doch wirklich nicht nur um wegen der langathmigen Gauberichts- und Gauberichtsberichte da. Wir werden den Bericht erheblich kürzen.

Reutlingen, W. Werden wir gelegentlich verwenden.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)
Vom 21. Februar bis 7 März gingen folgende Gelder ein: Hamburg V M. 500, Harburg 480, Wudau, Weinheim je 200, Blankenburg a. S., Heuchelheim, Landau, Waltershausen je 150, Friedberg 97, Meerane 80, Bollmarshausen 60. Summa M. 2217.

Vom 21. Februar bis 7. März erhielten Zuschlüsse: Kiel M. 800, Berlin E, Neudau je 600, Erlangen, Mannheim je 500, Barunen, Berlin D, Mundenheim je 400, Ehrenfeld, Eschhal, Grünwetterbach, Nippes, Lorsch Reinkendorf je 300, Finkenwalde 250, Mainz, Grefsenhagen, Regensburg, Oberarr, Rawitzsch, Alte Neustadt, Genes, Fintzen, Welschneureuth, Bruchsal, Wülheim a. d. N., Volkmarshausen Speier, Camnstadt, Striesen, Oggersheim, Kofheim, Merheim, Gräfelfuroba je 200, Riedelstadt, Weitzschheim, Wobenheim, Düsseldorf, Bayenthal, Ziegelhausen je 150, Söhr 120, Nordhausen, Birna, Dünwald, Schneeberg, Nachen, Ködelheim, Reutlingen, Gröbzingen, Offenbürg, Kiefa, Rath-Heumar, Leipzig III, Gils, Drifst, Rhein-göntheim, Oranienburg, Freiberg i. S., Friesenheim, Schwab-hall, Urach, Münden, Draß, Burgdorf Delmenhorst, Lägerdorf, Neu-Jenburg je 100, Schlenfingen 90, Herdecke 88, Jüsterburg, Niedergrehren je 80, Duisburg 75, Lützchena 72, Sieben-lehn 60, Colditz, Minkwitz je 50, Köhrig 40. Summa M. 14 355.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse gezahlt M. 3036,51.
L. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)
Im Januar und Februar sandten Ueberflüsse ein: Berlin A M. 300, Magdeburg 200, Furtwangen 180, München 100, Hamburg I 100, Hamburg III 100, Bergedorf 70, Schweidnitz 70, Bürgel 50. Summa M. 1170.
Zuschlag erhielten: Berlin C M. 500, Harburg 400, Hannover 200, Berlin 200, Breslau 200, Götln 150, Essen 100, Werden 80, Wald 75, Altenburg 70, Gann 60, Reinjeld 50, Deuel 40. Summa M. 2325.
Krankengeld an Einzelmitglieder M. 632,80.
Jul. Mahmann, Hamburg 19, Osterfr. 94 g, 1. Et.

Berichtungs-Anzeiger.

Altona. Am Mittwoch, 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn B. Christensen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leopold aus Zeitz. 2. Bericht des Die Ortsverwaltung.

NB. Mitteilungsblätter sind vorzulegen.

Bergedorf. Sonnabend, den 21. März, Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Unser Lohnzettel.

Biesenthal. Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat bei Herrn Franz Schulz. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg. Montag, 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Düsseldorf. Dienstag, den 17. März, Ab. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. — Session der Modellschreiner.

Samstag, den 14. März, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Kölnstr. 28.

Seringhaide. Jeden Sonnabend nach dem 15. jedes Monats im „Sächsischen Hof“. Tagesordnung wichtig! Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Die Ortsverwaltung.

Salzstadt. Sonnabend, den 21. März, bei Krausemann, Westendstr. 25.

Altenburg. Sonnabend, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterstraße.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heidelberg. Bevollm. Johann Weber, Schreiner, Ladenburgerstr. 37, 2. Et. Kassierer Hermann Joss, Schreiner, Dreikönigstr. 16. Herberge „Gasthaus zum rothen Löwen“, Hespelgasse 7. Dasselbst Reiseunterstützung.

Aufforderung.

Der Kollege **Fr. Haarhaus** aus Barmen, Buchn. 120 228, wird hiermit aufgefordert, das aus der Gewerkschaftsbibliothek entlehnte Buch „Germinal“ und zwei Broschüren an den Unterzeichneten sofort einzuliefern. Die Kollegen werden gebeten, ihn auf Obiges aufmerksam zu machen.

W. Kern, Frankfurt, Mühlstr. 4.

Wer über den Aufenthalt des Stelmachers Friedrich Konopka,

geb. 1. Febr. 1877 zu Jurten i. Ojpr., Auskunft geben kann, wird gebeten, dieses dem Unterzeichneten mitzutheilen.

Robert Pohl, Bremen, Osterhorwallstr. 100.

Michael Herbst aus Bamberg, sende Deine Adresse an Deinen Bruder **Georg,** Düsseldorf, Anferstr. 180, 2. Et.

Kollege **Fridolin Kolb,** Sesselmacher aus Stuttgart, Buchn. 129 701, wird ersucht, wichtiger Mitteilung halber seine Adresse an **Wilhelm Zeeb,** Schreiner in Freudenstadt, einzuliefern. Kollegen, welche seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um Nachricht gebeten.

Gesucht 2 tüchtige Möbelschleifer zum 1. April, event. schon früher.

P. Grunert, Tischlermeister, Pusum i. Schleswig.

Tischler gesucht.

Zwei jüngere Tischler finden dauernde Arbeit auf Holzwerkstätten (Blindholz).

G. Lusey, Karlstraße i. Baden, Klapprechtstr. 18.

Zum sofortigen Eintritt noch ein tüchtiger Holzdrechler gesucht.

A. Müller, Holzwarenfabrik, München.

Ein Friseur, der mit der Hochstraße genau vertraut ist, kann sich melden unter Chiffre **G. B. 62** d. Bl.

Durchaus tüchtiger, energischer, in Riffenfabrikation vollst. fachkundiger

Arbeiter

wird als Vorarbeiter für Riffenfabrik Nürnberg gesucht. Dauernder guter Posten. Offerten unter **N. 2951** an Haasenstein & Vogler A.-G., Nürnberg.

Für größere Bürsten- und Pinselfabrik werden einige fachkundige Drechsler und Bohrer gesucht. Off. u. **N. Sch. 61** an die Exped. d. Bl.

3-4 zuverlässige Korbmacher auf edige, grüne Arbeit für dauernd gesucht.

W. Flügge, Gr. Wasserw. 7.

Einige tüchtige Korbmacher

auf Rohrarbeit für dauernd gesucht. Erste sächsische Rohrfarb-Manufaktur, **C. Schlossstein, Feilbrunn a. R.**

Gesucht 1 Korbmacher auf Mattarbeit.

L. Behsen, Trittau i. Pölst.

Suche zum 1. April einen tüchtigen Korbmacher auf groß geschlagene Arbeit. Dauernde Beschäftigung.

G. Weitzel, Minden i. W.

Korbmacher, tüchtig auf Lachrohr- und Pöbelrohrmöbel, sucht per sofort

A. Bucher, Rohrmöbelfabrik, Luzern (Schweiz).

Ein Korbmacher auf grüne Mattarbeit findet angenehme Beschäftigung.

Wilh. Rader, Korbmachermstr., Langenweddingen bei Magdeburg.

Solider, anst. Bürstenmacher, der selbstständig arbeitet, etwas Bohren und Holzwerk versteht, erhält sofort oder später dauernde, angenehme Stellung. Offerten unter **G. R. 60** an die Expedition d. Bl.

Suche tüchtige Weber. Preis **M. 1,80** und **M. 1,40**, ohne Ausputzen und Beschneiden.

Fritz Hoings, Lippstadt (Westfalen).

Gesucht ein jüngerer Bürstenmacher bei bauernder Arbeit und gutem Lohn von

Wilh. Mühl, Bürstenfabrik, Norby bei Niebich (Schleswig-Holstein).

Suche per sofort einen tüchtigen Bürstenmacher, nicht unter 20 Jahren, welcher außer Bohren in allen Arbeiten perfekt ist.

Robert Kröbel, Bürstenmacher, Dortmund.

Tüchtiger Bürstenmacher, in allen Arbeiten bewandert, wird gesucht.

Robert Eyer, Siegen (Westf.).

Wegen Fortsetzung eines durch Erbschaft übernommenen Handelsgeschäftes ist in einer Stadt in Holstein eine Tischlerei mit guter, fester Kundschaft zu verkaufen.

Offerten unt. **B. Sch.** an die Exped. d. Bl.

C. Bratsch, Lackfabrik, Berlin-Reinickendorf.

Poliren u. Lackieren überflüssig.

Auf jedes rohe Holz kann durch einmaligen Anstrich mit „**Polisol**“, Berliner Streichpolltur, ein vorzügliches, spiegelglattes Hochglanz erzeugt werden.

Berliner Imprägnir-Präparat „Grundol“

Poren schliessend! Grundpolluren überflüssig! Sofort eine glatte Glanzdecke, auf der Polltur, Lack u. Mattierung vorzüglich stehen!

Feinstes Pflaumenmus aus erster Hand.

Rübel 80-80 Pfd. Inhalt, per Ztr. **M. 14,-**
 Fässer 100 " " " " " " **14,-**
 2/300 " " " " " " **18,-**
 Emaille-Eimer 25 Pfd. Inh., per Stk. **4,50**
 Postblech-Eimer 9 " " " " " " **2,-**
 offerirt ab Magdeburg (unfrankirt) gegen Nachnahme

Herm. Henschke, Magdeburg 12, Fabrikstr. 19, Maschinenfabrik mit elektrischem Betrieb.

Magdeburger Pflaumen-Mus

stark u. süß, unübertroffen i. Geschmack billiger, bekümmelter Kräftigung ab Magdeburg gegen Nachnahme:

Post-Blech-Eimer 9 Pfd. **M. 2,-**
 Blech-Eimer 20 " " **3,50**
 Emaille-Eimer 25 " " **4,50**
 Emaille-Kochtopf 18 " " **3,90**
 Emaille-Kochtopf 30 " " **5,50**
 Holzkübel, 20-30 Pfd. à Cr. **14,-**
 Fässer, 100-300 " " **14,-**

Oscar Bernhardt, Magdeburg 77.

B. H. Buchschwanz, Messingfaçon-rißten, eingeknaubt, feingehärtetes Blatt, engl. Stahl, liefert in Größen: 18 x 4 1/2 cm à **M. 1,30, 20 x 5 cm à **M. 1,50**, 22 x 5,5 cm à **M. 1,70** und 25 x 6 cm à **M. 1,90**. Auch dazu geeignete Feilen.**

Wiederverkäufern Rabatt.

A. Sigl, München, Schleißheimerstr. 23/1. Bei mindermehriger Nachfrage sind gerat.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.
Titus Axen, Altona.
 Preislisten gratis und franko.

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität“
 von **Jean Klos, Etica bei Nürnberg.**

Tischler-Fachschule Detmold
 Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
 Zeichner, Werkführer, Meister.

Sebr. Wolfertz Stahlwarenfabrik u. Versandgeschäft Wald bei Solingen No. 197.

Fabrikmarke



Rotkäppchen.



Rasirmesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Stiel, pro Stk. **M. 1,50**
Taschenmesser No. 621, mit zwei Klingen und Korkzieher, Girchhornschalen, pro Stk. **M. 1,50**
Scheere No. 134, 7 Zoll lang, fein verguldet und verziert, pro Stk. **M. 1,50**

Um nun Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Waare zu überzeugen, versenden wir obiges Rasirmesser, Taschenmesser oder Scheere zum Selbstkostenpreis von je **M. 1** franko gegen vorherige Einsendung 30 Tage zur Probe. Nachnahme 20 % mehr.

Katalog, Ausgabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltungsartikel, sowie vielen Neuheiten versenden wir an Jedermann ohne Kaufzwang, gratis und franko.

Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir, genau auf unsere Firma u. Fabrikmarke zu achten.

Elektrische Tischlampe.

Diese Lampe ist durchaus kein Spielzeug, sondern leistet unbezahlbare Dienste bei tausendfacher Gelegenheit, z. B.: bei Einbrüchen und Diebstählen sind die Diebe durch einen Druck taghell zu beleuchten und zu erkennen, bei nächtlichen Unglücksfällen, bei Verirrungen im Dunkeln, beim Suchen nach dem Schlüssel, auf dunklen Treppen spendet unsere Lampe jederzeit durch einen Druck das nötige Licht; gefährliche Hunde schrecken vor dem grellen Licht zurück und suchen das Weite usw.; mithin unentbehrlich für Jedermann. Preis franko **Band M. 3,30** Nachnahme. Wer 6 Stück auf einmal bestellt, erhält die 7. Lampe gratis.

Großer, reich illustrierter Katalog umsonst und franko.

Saam & Co. Stahlwarenfabrik Foche 59 Solingen.

Paul Horn, Hamburg
 Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 28-36
 Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polluren (Schellack-Polluren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Polltur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzsporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Polltur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Pollturen, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Polltur zum Reinpolliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreise, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.